

Pies, Ingo

Working Paper

Wirtschaftsethik für die Schule

Diskussionspapier, No. 2009-4

Provided in Cooperation with:

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2009) : Wirtschaftsethik für die Schule, Diskussionspapier, No. 2009-4, ISBN 978-3-86829-146-9, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale), <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-9039>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170314>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ingo Pies

Wirtschaftsethik für die Schule

Diskussionspapier Nr. 2009-4

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2009

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-86829-145-2 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-86829-146-9 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autorenanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Dieser Beitrag wendet sich an Lehrer und ist daher primär didaktisch orientiert. Das Ziel besteht darin, einige Kernüberlegungen aus dem Forschungsprogramm einer „ökonomischen Theorie der Moral“ so vorzustellen, dass sie für den Schulunterricht adaptiert werden können. Mit Hilfe des wirtschaftsethischen Grundmodells sozialer Dilemmata wird zunächst eine Situation analysiert, die für Schüler lebensweltlich nachvollziehbar ist: das Mogeln in einer Klausur. Sodann wird gezeigt, dass es institutionelle Vorkehrungen gibt, die – im Interesse der Schüler! – das Mogeln unterbinden können. Aus diesem Beispiel heraus werden dann mehrere Analogieschlüsse gezogen, die die Logik des Arguments von der Schule auf die Wirtschaft übertragen. Auf diese Weise können Schüler – quasi spielerisch – in die Lage versetzt werden, die Funktionsweise der Marktwirtschaft zu verstehen (und als Bürger zu gestalten).

Schlüsselwörter: Anreize, Gefangenendilemma, Institutionen, kollektive Selbstschädigung, Moral, ökonomisches Modell, Rationalfalle

JEL-Klassifikation: A12, A13, A21, D01, D02

Abstract

This article is written for school teachers and therefore has a primarily didactic orientation. It aims to introduce some core concepts of the “economic ethics” research program in a way that makes it possible to adapt them for teaching classes at school: First, the basic model of economic ethics is applied to a situation with which each pupil is familiar: cheating at an examination. Second, the article shows that there are institutional arrangements which can prevent cheating and thereby foster the common interest of all pupils. Based on this example, the article develops several important analogies between school life and business life and thus draws analytical conclusions that help to understand and improve the working properties of a market economy.

Keywords: collective self-harm, incentives, institutions, economic model, morality, prisoners’ dilemma, rational trap

JEL Classification: A12, A13, A21, D01, D02

Wirtschaftsethik für die Schule

von Ingo Pies*

Ethik – verstanden als Theorie der Moral – gibt es seit mehr als zweitausend Jahren. Die Wirtschaftsethik hingegen ist jüngerem Datums. In Deutschland wurde der erste Lehrstuhl für Wirtschaftsethik erst 1990 eingerichtet. Kennzeichen dieser Ethikdisziplin ist, dass sie mit einem ökonomischen Handwerkszeug arbeitet: mit formalen Modellen. Wirtschaftsethik – verstanden als ökonomische Theorie der Moral – arbeitet mit dem Basismodell des Gefangenendilemmas (vgl. Pies 2008a). Dieses Modell wird zur Komplexitätsreduktion eingesetzt. Mit seiner Hilfe kann man die Situationslogik und die Anreizwirkungen auch solcher institutioneller Arrangements transparent machen, die sich dem Betrachter nicht gleich auf den ersten Blick erschließen. Für eine Theorie der Moral kann dies höchst informativ und instruktiv sein – wie sogleich zu zeigen sein wird: Dieser Beitrag skizziert (1) das Gefangenendilemma auf eine dem Schulunterricht angemessene Weise und erläutert an dem für Schüler intuitiv eingängigen Beispiel des Mogels in einer Klausur einige der moraltheoretischen Implikationen dieses Modells. Sodann werden (2) per Analogieschluss einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Situation in einer Schulklasse und der Situation auf einem Markt herausgearbeitet. Der Beitrag endet (3) mit einigen verallgemeinernden Thesen zur Wirtschaftsethik, die den Unterricht in verschiedenen Schulfächern – Philosophie, Religion, Sozialkunde, Politik und Wirtschaft usw. – sowie thematisch diverse Diskussionen im Unterricht anregen können.

Vorab aber muss ein weit verbreitetes Vorurteil angesprochen und ausgeräumt werden: Gegen das ökonomische Handwerkszeug wird oft eingewendet, dass die formalen Modelle ein dürftiges Menschenbild abgeben. Diese Kritik beruht auf einem grundlegenden Missverständnis, denn das Menschenbild einer Wissenschaftsdisziplin ist prinzipiell nicht in ihren Modellen zu suchen, sondern in der Art und Weise, wie und wofür sie diese Modelle einsetzt. Ein Vergleich zur Medizin macht das schnell deutlich. Die Medizin bemüht sich um die Diagnose und Therapie von Krankheiten. Zu diesem Zweck arbeitet sie mit problemorientierten Modellen, etwa mit dem Modell eines Skeletts oder mit dem Modell des Blutkreislaufs. Diese Modelle sind sehr abstrakt und können gerade deshalb, weil sie von vielen Details absehen, sehr hilfreich dafür sein, die Leiden eines konkreten Menschen einer Funktionalbetrachtung zu unterziehen. Dabei geht die Medizin davon aus, dass der leidende Mensch gesund werden will und dass der Arzt dem Patienten durch medizinisches Spezialwissen helfen kann, sein individuelles Gesundheitsziel besser zu erreichen. Das Menschenbild der Medizin steckt also nicht in ihren Modellen, sondern vielmehr in ihrer Auffassung, dass der Arzt den Patienten nicht bevormunden, sondern beraten soll und dass er ihn als ein Wesen mit Menschenwürde – und mehr noch: als mündigen Bürger! – zu behandeln hat.

Beim ökonomischen Handwerkszeug ist es analog. Auch hier steckt das Menschenbild nicht im Modell, sondern im Beratungskonzept für mündige Bürger, denen man helfen will, ihre eigenen Ziele besser zu erreichen: Einer ökonomischen Theorie der Moral geht es um eine Diagnose und Therapie moralischer Missstände. Sie stellt Wissen zur Verfügung, das aus einer hoch spezialisierten Funktionalbetrachtung gewonnen wird. Hierbei helfen Model-

* Für kritische Anmerkungen und konstruktive Hinweise danke ich Markus Beckmann, Stefan Hielscher, Herbert Neiseke, Martina Pies und Sibylle Reinhardt. – Eine radikal gekürzte Fassung dieses Beitrags erscheint unter dem Titel „Mogeln in der Klausur? – Wirtschaftsethik für die Schule“ in der Zeitschrift „Gesellschaft, Wirtschaft, Politik“ (GWP), Heft 2-09.

le. Sie sind darauf zugeschnitten, die Anreizwirkungen unterschiedlicher Regelarrange-
ments zu erkunden. Zum einen wird erklärt, wie moralische Missstände zustande kommen.
Zum anderen werden beratend Vorschläge gemacht, wie man die Missstände abstellen
könnte.

1. Mogeln in der Klausur? – Ein Anwendungsfall für das Handwerkzeug der Wirtschaftsethik

Die Lehrperson tritt vor die Klasse und bereitet mit einigen Fragen eine Abstimmung darü-
ber vor, ob die Schülerinnen und Schüler ihre Klausuren lieber mit oder lieber ohne Klausur-
aufsicht schreiben würden. Geeignete Fragen lauten: Wer hat sich von der Klausurauf-
sicht schon einmal belästigt gefühlt? Wer empfindet es als Misstrauen gegenüber der eigen-
en Person, wenn Taschen und Mäntel auf Spickzettel kontrolliert werden? Wer fühlt sich
gestört, wenn eine Aufsicht durch die Reihen geht und einem gelegentlich über die Schulter
schaut? – Wenn man die Aufmerksamkeit der Klasse gezielt auf solche Sachverhalte lenkt,
kann man in der sich an diese Aufwärmdiskussion anschließenden Abstimmung erfahrungs-
gemäß Zustimmungsraten von über 90% erzielen: Die meisten Schülerinnen und Schüler
geben zu erkennen, dass sie von der Last einer Klausuraufsicht gerne befreit wären.

Im Anschluss an die Abstimmung bietet man der Klasse an, das eigentlich zugrunde lie-
gende Problem gemeinsam zu reflektieren. Zu diesem Zweck wird ein einfaches Modell der
mathematischen Spieltheorie verwendet, das in der Wirtschaftsethik eine zentrale Rolle
spielt. Das „Gefangenendilemma“ wird als Instrument eingesetzt, um die Situation der
Klasse zu erfassen, wenn die Klausur ohne Aufsicht geschrieben wird.

1.1 Das Szenario ohne Klausuraufsicht

Das Modell lässt sich in sieben Schritten entwickeln, durch die die Matrix in Abb. 1 sukzes-
sive entwickelt wird.

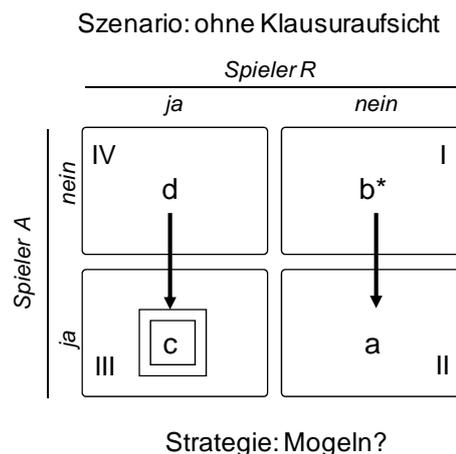


Abbildung 1: Die rationale Strategiewahl ohne Klausuraufsicht

(1) Festlegung des Szenarios: Es geht um die Situation der Klasse ohne Klausuraufsicht.

(2) Festlegung der Spieler: Man definiert einen beliebigen repräsentativen Schüler als
Spieler A und fasst den Rest der Klasse als Spieler R zusammen.

(3) Festlegung der Strategiemenge: Die Spieler A und R stehen vor der Frage, ob sie in der Klausur mogeln werden. Diese Frage können sie entweder mit ja oder mit nein beantworten. Insgesamt sind damit vier Strategiekombinationen möglich. Sie entsprechen den vier Quadranten in Abb. 1.

(4) Individueller Vorteils-Nachteils-Kalkül: Jeder Quadrant wird aus Sicht von Spieler A subjektiv bewertet. Es geht darum, die vier Strategiekombinationen in eine relative Reihenfolge zu bringen, die seine individuelle Wertschätzung bestmöglich widerspiegelt. Hierzu werden Kleinbuchstaben verwendet. Dem aus Sicht von A vorteilhaftesten Quadrant wird der Buchstabe „a“ zugewiesen, dem zweitbesten der Buchstabe „b“, dem drittbesten der Buchstabe „c“ und dem unvorteilhaftesten Quadrant der Buchstabe „d“.

- Die für A schlechteste Strategiekombination ist Quadrant IV (Wertschätzung „d“). Wenn alle anderen mogeln, während A auf Mogeln verzichtet, gerät er in einen Wettbewerbsnachteil. Alle anderen bekommen bessere Noten als er.
- Die für A beste Strategiekombination ist Quadrant II (Wertschätzung „a“). Alle anderen schreiben die Klausur auf ehrliche Weise, und so erhält er vor allen anderen einen Wettbewerbsvorteil. Er kann seine Note durch Mogeln deutlich verbessern.
- Nun lautet die entscheidende Frage: Was ist aus Sicht von A besser: wenn alle mogeln (Quadrant III) oder wenn keiner mogelt (Quadrant I)? Hier benötigt die Klasse unter Umständen ein wenig Argumentationshilfe, um die richtige Struktur der individuellen Wertschätzung zu finden.
 - In Quadrant I gibt der Notenspiegel das Leistungsspektrum korrekt wieder. Damit werden auch die richtigen Anreize zum Lernen gesetzt. Man lernt ja schließlich nicht für die Schule, sondern für das eigene Leben.
 - In Quadrant III bekommen alle die gleiche Note, unabhängig davon, ob sie gelernt haben. Folglich wird niemand lernen, weil es an den Anreizen dazu mangelt. Dann aber ist die Zeit des Schulbesuchs als Lebenszeit verschwendet.¹
 - Vergleicht man diese Konsequenzen, dann fällt es nicht schwer, sich mit der Klasse darauf zu einigen, dass es für alle vorteilhaft ist, wenn keiner mogelt, verglichen mit dem Fall, dass alle mogeln. Folglich ist Quadrant III der Buchstabe „c“ zuzuweisen und Quadrant I der Buchstabe „b“.

(5) Bestimmung der Strategiewahl: Wie wird sich A verhalten, wenn er an seinem eigenen Vorteil interessiert ist? Um diese Frage zu beantworten, muss die Komplexität der Entscheidungssituation von A reduziert werden. Dies geschieht – methodisch kontrolliert – mit Hilfe von Annahmen.

- Unter der Annahme, dass der Rest der Klasse mogelt, wird A ebenfalls mogeln, wie ein Vergleich der Wertschätzungen „d“ und „c“ zeigt. In der Matrix wird dies durch den linken Pfeil symbolisiert, der aus Quadrant IV heraus in Quadrant III hinein zeigt.
- Unter der alternativen Annahme, dass der Rest der Klasse nicht mogelt, wird A wiederum mogeln, wie ein Vergleich der Wertschätzungen „b“ und „a“ zeigt. In der

¹ Für ältere Schüler kann man diese Argumentation ergänzen, indem man sie fragt, wie es um den Wert ihres Abschlusszeugnisses bestellt wäre, wenn in der lokalen Presse bekannt würde, dass an ihrer Schule die Klausuren ohne Aufsicht geschrieben werden. Ihnen wird dann schnell einsichtig, dass sie sich wechselseitig keinen Gefallen tun würden, wenn alle mogeln: Sie würden den Wert ihres Zeugnisses als Bildungszertifikat für den Arbeitsmarkt oder als Zugangsvoraussetzung für höhere Bildung kollektiv zerstören.

Matrix wird dies durch den rechten Pfeil symbolisiert, der aus Quadrant I heraus in Quadrant II hinein zeigt.

Mit der ersten Annahme wird die rechte Spalte der Matrix vorübergehend ausgeblendet. Damit reduzieren sich die betrachteten Alternativfälle von vier auf zwei. Man vergleicht die Quadranten III und IV. Hier zeigt sich, dass A in seinem eigenen Interesse versuchen wird, nicht in einen Wettbewerbsnachteil zu geraten. Deshalb weist der linke Pfeil nach unten. Mit der zweiten Annahme wird die linke Spalte der Matrix vorübergehend ausgeblendet. Wiederum reduzieren sich die betrachteten Alternativfälle von vier auf zwei. Man vergleicht diesmal die Quadranten I und II. Hier zeigt sich, dass A in seinem eigenen Interesse versuchen wird, einen Wettbewerbsvorteil zu erhalten. Deshalb zeigt der rechte Pfeil nach unten. Da beide Pfeile in die gleiche Richtung weisen, verfügt A über eine „dominante Strategie“: Wenn die Klausur ohne Aufsicht geschrieben wird, ist es für A stets individuell vorteilhaft, auf die Option des Mogelns zu setzen, und zwar – dies mag überraschen – *unabhängig* davon, wie sich der Rest der Klasse verhält.

(6) Bestimmung des Gleichgewichts: A ist ein für die Klasse repräsentativer Schüler. Was für ihn gilt, gilt auch für alle anderen Mitglieder der Gruppe. Jeder einzelne Schüler ist mit den gleichen Anreizen konfrontiert wie A: Jeder hat eine „dominante Strategie“ und wird deshalb mogeln, wenn die Klausur ohne Aufsicht geschrieben wird. Als Gleichgewicht in diesem Modell stellt sich Quadrant III ein. Das Ergebnis ist durch eine doppelte Einrahmung gekennzeichnet.

(7) Bewertung des Gleichgewichts: Die insgesamt vier Strategiekombinationen lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Zwei Strategiekombinationen sind symmetrisch, zwei sind asymmetrisch. Die erste Gruppe entspricht den Quadranten I und III, die zweite den Quadranten II und IV. Bei den asymmetrischen Strategiekombinationen wählen die Spieler A und R unterschiedliche Spielzüge: Der eine entscheidet sich für, der andere gegen das Mogeln. Bei den symmetrischen Strategiekombinationen treffen beide Spieler jeweils die gleiche Entscheidung. Da angenommen wurde, dass Spieler A ein für die gesamte Klasse repräsentativer Schüler ist, kann man sich nun auf einen Vergleich der symmetrischen Strategiekombinationen beschränken. Denn da A und R sich in der gleichen Situation befinden, werden sie auf identische Anreize stets identisch reagieren. Vergleicht man nun die Wertschätzungen „c“ und „b“ in den Quadranten I und III, so sieht man – was erfahrungsgemäß von vielen als durchaus kontra-intuitiv empfunden wird –, dass sich A besser stellen würde, wenn nicht das Gleichgewicht in Quadrant III, sondern stattdessen die Strategiekombination in Quadrant I realisiert würde. Das gleiche gilt für Spieler R. Auch für ihn wäre es besser, wenn niemand mogelt. Um dies zu kennzeichnen, wird die Wertschätzung „b“ mit einem Stern versehen.

Überraschend ist, *dass* – und informativ, ja sogar instruktiv ist, *warum* – dieses für alle vergleichsweise attraktive Ergebnis nicht zustande kommt: Es ist die spezielle Anreizsituation – also nicht eine Charaktereigenschaft der Spieler, sondern eine „Charakter“-Eigenschaft der Situation –, die dazu führt, dass sich Spieler A – und analog auch Spieler R – mit dem Ergebnis „c“ begnügen muss, obwohl das bessere Ergebnis „b“ prinzipiell erreichbar gewesen wäre. Man sieht: Die Situation lässt sich als eine kollektive Selbstschädigung interpretieren. Hier führt individuell rationales Verhalten zu einem für alle Beteiligten schlechten Ergebnis. Die Logik des Gefangenendilemmas lautet: Jeder verhält sich so, wie er es von den anderen befürchtet, mit der Folge, dass alle mit dem Ergebnis unzufrieden sind, weil prinzipiell ein besseres Ergebnis möglich gewesen wäre. Als Gruppe betrachtet bleiben die beiden Spieler A und R – und mithin alle Mitglieder der Schulklasse – unter ihren Möglichkeiten. Sie fügen sich wechselseitig Schaden zu.

1.2 Das Szenario mit Klausuraufsicht

Dieses überraschende Ergebnis kann man zum Anlass nehmen, die Frage zu stellen, was bei dieser Modellanalyse herauskommt, sobald man das Szenario ändert und eine wirksame Klausuraufsicht einführt. Die sieben Schritte sind also erneut zu durchlaufen.

(1) Festlegung des Szenarios: In welcher Anreizsituation befindet sich die Klasse, wenn eine Klausuraufsicht eingeführt wird, durch die Mogeln verbindlich geahndet wird?

(2) Festlegung der Spieler: Man definiert einen beliebigen repräsentativen Schüler als Spieler A und fasst den Rest der Klasse als Spieler R zusammen. Dieser zweite Schritt ist ebenso identisch zum ersten Durchlauf wie der folgende dritte Schritt.

(3) Festlegung der Strategiemenge: Die Spieler A und R stehen vor der Frage, ob sie in der Klausur mogeln werden. Diese Frage können sie entweder mit ja oder mit nein beantworten. Insgesamt sind damit vier Strategiekombinationen möglich. Sie entsprechen den vier Quadranten in Abb. 2.

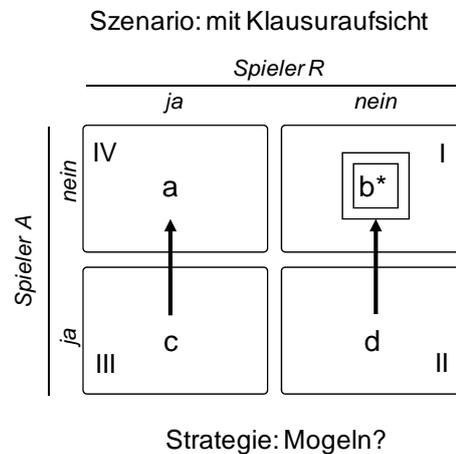


Abbildung 2: Rationale Strategiewahl mit Klausuraufsicht

(4) Individueller Vorteils-Nachteils-Kalkül: Jeder Quadrant wird aus Sicht von Spieler A bewertet. Wieder geht es darum, die vier Strategiekombinationen in eine relative Reihenfolge zu bringen, die seine individuelle Bewertung bestmöglich widerspiegelt. Hierzu werden die bereits vertrauten Kleinbuchstaben verwendet. Im Vergleich zum ersten Durchlauf werden die Wertschätzungen nun aber anders zugeordnet, weil aufgrund der Klausuraufsicht mit jeweils anderen Konsequenzen zu rechnen ist.

- Die für A schlechteste Strategiekombination ist Quadrant II (Wertschätzung „d“). Wenn A der einzige ist, der mogelt und dafür bestraft wird, gerät er in einen Wettbewerbsnachteil. Alle anderen bekommen bessere Noten als er.
- Die für A beste Strategiekombination ist Quadrant IV (Wertschätzung „a“). Wenn alle anderen mogeln und dafür bestraft werden, so erhält er vor allen anderen einen Wettbewerbsvorteil. Wenn er allein auf Mogeln verzichtet, bekommt er von allen die beste Note.
- Nun lautet die entscheidende Frage: Was ist aus Sicht von A besser: wenn alle mogeln (Quadrant III) oder wenn keiner mogelt (Quadrant I)? Die Antwort ist eindeutig: Wenn alle mogeln, werden alle bestraft. Wenn keiner mogelt, wird keiner bestraft. Im zweiten Fall bekommen alle eine vergleichsweise bessere Note. Deshalb

wird Quadrant I die Wertschätzung „b“ zugeordnet, Quadrant III hingegen die niedrigere Wertschätzung „c“.

(5) Bestimmung der Strategiewahl: Wie wird sich A verhalten, wenn er an seinem eigenen Vorteil interessiert ist? Um diese Frage zu beantworten, muss die Komplexität der Entscheidungssituation von A reduziert werden. Dies geschieht – methodisch kontrolliert – wiederum mit Hilfe von Annahmen.

- Unter der Annahme, dass der Rest der Klasse mogelt, wird A nicht mogeln, wie ein Vergleich der Wertschätzungen „c“ und „a“ zeigt. In der Matrix wird dies durch den linken Pfeil symbolisiert, der aus Quadrant III heraus in Quadrant IV hinein zeigt.
- Unter der alternativen Annahme, dass der Rest der Klasse nicht mogelt, wird A wiederum nicht mogeln, wie ein Vergleich der Wertschätzungen „d“ und „b“ zeigt. In der Matrix wird dies durch den rechten Pfeil symbolisiert, der aus Quadrant II heraus in Quadrant I hinein zeigt.

Im Szenario mit Klausuraufsicht weisen beide Pfeile nach oben. Wiederum verfügt A über eine „dominante Strategie“: Stets ist es für ihn individuell vorteilhaft, die Option des Mogelns auszuschlagen, und zwar unabhängig davon, wie sich der Rest der Klasse verhält.

(6) Bestimmung des Gleichgewichts: A ist ein für die Klasse repräsentativer Schüler. Was für ihn gilt, gilt auch für alle anderen Mitglieder der Gruppe. Jeder einzelne Schüler ist mit den gleichen Anreizen konfrontiert wie A: Jeder hat eine „dominante Strategie“ und wird deshalb nicht mogeln, wenn die Klausur mit Aufsicht geschrieben wird. Als Gleichgewicht in diesem Modell stellt sich Quadrant I ein. Das Ergebnis ist durch eine doppelte Einrahmung gekennzeichnet.

(7) Bewertung des Gleichgewichts: Vergleicht man die beiden symmetrischen Strategiekombinationen in den Quadranten I und III, so zeigt sich, dass im Szenario mit Klausuraufsicht die situativen Anreize so geändert wurden, dass nun beide Spieler das für sie gemeinsam bestmögliche Ergebnis erzielen: die mit einem Stern versehene Wertschätzung „b“.

1.3 Interpretation: Regeln sind wichtig!

Die Einführung einer wirksamen Klausuraufsicht verändert das institutionelle Arrangement. Sie bringt neue Spielregeln zur Geltung und reformiert damit die Anreize für individuelles Verhalten. Die neuen Spielregeln kanalisieren die individuellen Spielzüge, mit der Folge, dass sich ein anderes Ergebnis einstellt. Ohne Klausuraufsicht wird allgemein gemogelt. Mit Klausuraufsicht wird allgemein nicht gemogelt. Ohne Klausuraufsicht kommt es zu einer kollektiven Selbstschädigung: zu einer Rationalfalle, zu einem sozialen Dilemma. Die Gruppe der Schüler bleibt unter ihren Möglichkeiten. Mit Klausuraufsicht hingegen kann sich die gesamte Klasse besser stellen. Die Klausuraufsicht institutionalisiert eine kollektive Bindung, durch die sich die Schüler aus der Rationalfalle, aus dem sozialen Dilemma befreien können. Vergleicht man die beiden Szenarien, ihre Anreizwirkungen und die Folgen, die sich aufgrund dieser Anreizwirkungen systematisch einstellen, so haben alle Schüler ein gemeinsames Interesse an einer wirksamen Klausuraufsicht.

Man kann leicht testen, ob die Analyse verstanden wurde, indem man die Ausgangsfrage wiederholt und erneut darüber abstimmen lässt, ob die Klasse ihre Klausuren lieber mit oder lieber ohne Aufsicht schreiben möchte. Wurde die Analyse von den Schülern inhaltlich nachvollzogen, so beträgt die Zustimmungsrage zur Klausuraufsicht nunmehr 100%.

Diesen Befund kann man zum Anlass nehmen, um einige weiterführende Fragen zu stellen, die zu einem vertieften Nachdenken über das analysierte Problem anregen. Auf drei Fragen sei hier ausdrücklich hingewiesen. Die erste lautet: Wodurch wurde der Meinungsumschwung ausgelöst? Die zweite Frage lautet: Wofür ist der Meinungsumschwung wichtig? Die dritte Frage lautet: Was lernt man aus dieser Analyse über die Möglichkeiten und Grenzen der Moral?

(1) Mit Hilfe von Abbildung 1 lässt sich die Quelle des Meinungsumschwungs exakt identifizieren. Die meisten Schüler werden in ihrem ersten Antwortversuch – implizit – einen Vergleich der Quadranten I und II angestellt haben: Dem Einzelnen stand vor Augen, dass ein Wegfall der Klausuraufsicht ihm die Option einräumt, mit Quadrant II die Wertschätzung „a“ zu realisieren, was im Vergleich zur Wertschätzung „b“ für Quadrant I durchaus attraktiv zu sein scheint. Erfahrungsgemäß votieren Schüler für den Wegfall der Klausuraufsicht, weil sie glauben, hierdurch einen individuellen Vorteil erlangen zu können.

Die explizite – modellgestützte – Analyse hingegen zeigt, dass dieser Schein trügt. Der für die Wahl zwischen beiden Szenarien *relevante* Vergleich betrifft nicht die Quadranten I und II, sondern die Quadranten I und III. Der Einzelne muss nämlich in Rechnung stellen, dass ein Wegfall der Klausuraufsicht nicht nur sein eigenes Verhalten ändern wird, sondern auch das Verhalten aller anderen. Der Meinungsumschwung kommt also dadurch zustande, dass den Schülern vor Augen geführt wird, worin die relevante Alternative besteht – und worin eben nicht: Ohne Klausuraufsicht (Abb. 1) wird die Wertschätzung „c“ realisiert, mit Klausuraufsicht hingegen (Abb. 2) die – für alle Beteiligten attraktivere und daher mit einem Stern gekennzeichnete – Wertschätzung „b“. Die Quelle des Meinungsumschwungs liegt also in einem Perspektivwechsel: in einer korrigierten Situationswahrnehmung, zu der die modellgestützte Analyse – im Wege einer methodisch kontrollierten Komplexitätsreduktion – systematisch anzuleiten vermag. Nach der expliziten Analyse sieht man das Problem mit anderen Augen als zuvor.

(2) Die hohen Zustimmungsraten bei der ersten Umfrage indizieren ein tiefes Unbehagen an der Institution der Klausuraufsicht. Schüler assoziieren damit typischerweise Gängelung, Misstrauen, Kontrolle, Hierarchie, Strafe, Zwang. Sie empfinden die Institution als Beeinträchtigung ihrer Freiheit. Wird diese intuitiv nahe liegende Sichtweise durch den Perspektivwechsel korrigiert, dann wird der Blick dafür frei, dass die Klausuraufsicht den Schülern nicht schadet, sondern nützt: dass sie ihnen eine attraktive Möglichkeit nicht verschließt, sondern eröffnet. Die Klausuraufsicht löst ein soziales Problem. Diese zunächst als Freiheitseinschränkung empfundene Institution lässt sich deshalb als kollektive Ermöglichung und Erweiterung individueller Freiheit begreifen. Richtig verstanden, ist die Klausuraufsicht kein Zwangsregime, das den Schülern autoritär „auf’s Auge gedrückt“ wird, sondern eine institutionelle Bindung, die ihnen dazu verhilft, die Rationalfalle eines sozialen Dilemmas zu vermeiden und sich wechselseitig besserzustellen. Die modellgestützte Funktionsanalyse dechiffriert den sozialen Sinn dieses institutionellen Arrangements als Win-Win-Lösung für ein Interaktionsproblem, also als wechselseitige Besserstellung. Dabei bleibt der individuelle Bewertungsmaßstab (die „Präferenzordnung“) völlig unangetastet: Die Analyse verändert nicht, *wie* bewertet wird, sondern sie führt korrigierend vor Augen, *was* zu bewerten ist.

Wird das verstanden, so ist für jeden Schüler einsichtig gemacht, dass man selbst ein genuines Eigeninteresse daran hat, Spielregeln unterworfen zu sein, die das Mogeln in der Klausur individuell unattraktiv machen. Sich diesen Spielregeln zu unterwerfen, ist folglich

kein Opfer, sondern eine Investition mit Rendite. Man profitiert schließlich davon, dass auch die anderen sich an die Regel halten (müssen). Das aber bedeutet, dass man dieser sanktionsbewehrten Institution seine freie Zustimmung geben kann, weil sie im wohlverstandenen eigenen Interesse liegt. In klassisch philosophischer Diktion formuliert, ist dies ein signifikanter Beitrag zum Abbau von „Entfremdung“: Der Einzelne muss in einer seinen Alltag bestimmenden gängigen Praxis nicht länger eine Beeinträchtigung seiner Interessen – oder gar eine Verletzung seiner Würde – sehen, sondern kann lernen und erfahren, dass diese ihm subjektiv vorgegebene Praxis objektiv einen sozialen Sinn hat, der letztlich darin besteht, seine Interessen im Gleichklang mit den Interessen anderer – und sogar seine Würde als Person – zur besseren Entfaltung zu bringen. Dies mag – gerade für junge Menschen – ein wichtiger Schritt sein auf dem Weg, sich in der Institutionenwelt einer modernen Gesellschaft zurechtfinden und sogar – im Hegelschen Verständnis von „Versöhnung“ – zu Hause fühlen zu können. Der „Entfremdung“ wird begegnet, indem man die Option eines „Heimischwerdens“ intellektuell verfügbar macht. In diesem Sinne hat das Nachvollziehen einer Funktionsanalyse institutioneller Arrangements und des durch sie ausgelösten Perspektivwechsels das Potential eines emanzipatorischen Akts.

(3) Aus der Analyse kann man lernen, dass man mit moralischen Bewertungen vorsichtig – im Sinne von umsichtig, bedacht, differenziert und differenzierend – verfahren sollte: Im Gefangenendilemma – und folglich in allen realweltlichen Situationen, die durch die Logik des Gefangenendilemmas gekennzeichnet sind, also vor allem in Wettbewerbssituationen – kann man vom Verhalten der Spieler nicht unmittelbar auf die zugrunde liegenden Motive des Verhaltens schließen. So lässt sich nicht einfach durch Beobachtung entscheiden, ob ein Spieler, der im Dilemma mogelt, dies *offensiv* tut, um anderen gegenüber einen Vorteil zu erlangen, oder ob er dies *defensiv* tut, um anderen gegenüber nicht in Nachteil zu geraten. Mehr noch: Das Resultat im Dilemma ist von dieser individuellen Motivationslage weitestgehend unabhängig, denn es stellt sich ein als nicht-intendiertes Ergebnis intentionalen Handelns. Es kommt unbeabsichtigt zustande, als unerwünschte Nebenfolge individuellen Erfolgsstrebens. Handlung und Ergebnis sind intentional entkoppelt und lediglich institutionell verknüpft.²

Zwei weitere Lektionen verdienen es, als Antworten auf die dritte Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Moral festgehalten zu werden: (a) Aus der in Abbildung 1 kulminierenden Analyse lernt man, dass Moral unter Wettbewerbsbedingungen in Erosionsgefahr geraten kann. Hier geht es um die Grenzen der Moral: Der Standard integren, ehrlichen, lautereren Verhaltens lässt sich auf Dauer nicht aufrecht erhalten, wenn dem gravierenden Anreize entgegenstehen, und zwar selbst dann nicht, wenn sich alle Beteiligten einig sind, dass ein solcher Standard durchaus wünschenswert wäre.³ (b) Aus der in Abbildung 2

² Wenn man diesen Tatbestand nicht systematisch berücksichtigt, dann geraten moralische Bewertungen leicht in die Nähe dessen, was Karl Popper (1945, 1992; S. 111 f.) als „Verschwörungstheorie“ bezeichnet hat: Man führt dann ein schlechtes Ergebnis auf die (vermeintlich) schlechten Motive derer zurück, deren Handeln das Ergebnis hervorgebracht hat. Das heißt: Man insinuiert eine – prinzipiell nicht beobachtbare – Motivlage, um ein Ergebnis auf Intentionen zuzuschreiben, obwohl es den Intentionen der Handelnden in Wirklichkeit zuwider läuft. Schlechte Ergebnisse werden dann auf schlechte Menschen anstatt auf schlechte Situationsanreize zurückgeführt. Man sieht: Eine solche Art von Moralisierung ist ihrerseits moralisch bedenklich.

³ Wenn man diesen Tatbestand nicht systematisch berücksichtigt, dann kommt es zu verfehlten Zuschreibungen von Verantwortung, die moralisch verheerende Auswirkungen haben können: Wenn von einem Spieler im Dilemma gefordert wird, er solle sich aus moralischen Gründen anders verhalten, dann wird Moral gefordert, nicht aber gefördert. Das ist oft kontra-produktiv: Zum einen wird übersehen oder nicht bedacht, dass für das Ergebnis im Dilemma kein Einzelner verantwortlich (zu machen) ist, weil es sich

kulminierenden Analyse lernt man, dass es durchaus Implementierungschancen für Moral gibt. Hier geht es um die Möglichkeiten der Moral, wirklich zu werden und zur Wirkung zu kommen: Der Standard integren, ehrlichen, lautereren Verhaltens lässt sich durchsetzen, wenn man ihn durch Anreize institutionell unterstützt. Will man Moral nicht nur fordern, sondern tatsächlich fördern, so bedarf es einer sanktionsbewehrten Ordnung, die sicherstellt, dass entsprechende Verhaltensweisen als individuell vorteilhaft oder zumindest – im Sinne von wettbewerbsneutral – als nicht-nachteilig erfahren werden können. Beide Lektionen lassen sich in einem Satz zusammenfassen. Er lautet: *Unter Wettbewerbsbedingungen avanciert die institutionelle Rahmenordnung zum systematischen Ort der Moral.*

Zur Erläuterung: In Wettbewerbskontexten will man nicht der einzige sein, der sich moralisch verhält. Soll einem moralischen Anliegen dennoch zur Geltung verholfen werden, so besteht das zu lösende Problem nicht in einem individuellen Strategiewechsel, sondern in einem Wechsel der kollektiven Strategiekombination. Dies aber kann nicht individuell, sondern nur kollektiv zustande gebracht werden. Um sicherzustellen, dass alle Spieler ihr Verhalten ändern, muss man gleichzeitig jeden einzelnen Spieler mit veränderten Anreizen konfrontieren. Die geeignete Ebene hierfür ist die Ordnungsebene, die Ebene der institutionellen Rahmenbedingungen: Die Rahmenordnung definiert die Spielregeln. Sie setzt damit die Anreize, denen die je individuellen Spielzüge folgen. Auf diese Weise kanalisiert sie das Spielergebnis. Deshalb ist die für Dilemmasituationen angemessene Kategorie nicht die der individuellen Ergebnisverantwortung (für die eigenen Spielzüge), sondern die der Ordnungsverantwortung (für die kollektiv zu gestaltenden Spielregeln).⁴

2. Einige Analogieschlüsse zum Mogeln in der Wirtschaft

Kinder und Jugendliche erfahren die Welt der Erwachsenen in weiten Teilen als eine Welt rigider Vorschriften und Verbote. Sie werden dazu angehalten, sich an Regeln zu halten, deren Sinn sich ihnen oftmals nicht recht erschließt. Gehorchen sollen sie trotzdem. Deshalb lassen sich die Lektionen der Wirtschaftsethik in einem ersten Schritt vertiefen, indem man sie per Analogieschluss auf Beispiele anwendet, die der unmittelbaren Lebenserfahrung der Schülerinnen und Schüler entstammen. In einem zweiten Schritt kann man dann die Analogieschlüsse thematisch ausweiten.

Erwachsene bringen Kindern sehr früh bei, dass Süßigkeiten im Supermarkt bezahlt werden müssen oder dass die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahr-

nicht um ein Aktions-Ergebnis, sondern um ein Interaktions-Ergebnis handelt. Schlimmer noch: Würde sich Spieler A dem Appell beugen, individuell Verantwortung zu übernehmen, indem er allein sein Verhalten ändert, so würde in Abb. 1 nicht der moralisch erwünschte Quadrant I realisiert, sondern der – gerade aus moralischer Sicht höchst bedenkliche – Quadrant IV. Man sieht: Eine verfehlte Zuschreibung von Verantwortung treibt den einzelnen nicht nur in einen Konflikt zwischen Eigeninteresse und Moral, sondern sie bringt ihn in einen unhaltbaren Zustand und konfrontiert ihn – im Namen der Moral – mit der letztlich unmoralischen Forderung, ein Opfer zu bringen, ohne dass dadurch das eigentliche Problem gelöst und dem moralischen Anliegen Genüge getan wäre. Verfehlte Zuschreibungen von Verantwortung lassen das moralische Engagement ins Leere laufen und erzeugen regelmäßig zynische Gegenreaktionen derer, die sich nicht opfern wollen.

⁴ Vom Einzelnen im Dilemma kann erwartet und sogar gefordert werden, dass er sich – in seinem wohlverstandenen eigenen Interesse – für eine Überwindung des Dilemmas einsetzt. Damit verbindet sich ein Ebenenwechsel der Zuschreibung von Verantwortung von den Spielzügen auf die Spielregeln, der zahlreiche weitere Differenzierungen nach sich zieht. Für ein ausgearbeitetes Konzept einer solchen „Ordnungsverantwortung“ vgl. Beckmann und Pies (2008).

schein verboten ist. Kinder werden damit konfrontiert, dass die Welt der Erwachsenen auf Pünktlichkeit angelegt ist sowie auf die Einhaltung gewisser Mindeststandards, deren Befolgung man auch von ihnen erwartet: Sauberkeit, Höflichkeit usw. Erwachsene fordern Kindern ein gehöriges Maß an Selbstdisziplin ab, etwa die (zu erlernende) Fähigkeit, anderen zuzuhören und nicht permanent dazwischenzureden.

In vielen Fällen lässt sich der soziale Sinn solcher Zumutungen nicht unmittelbar sinnlich, sondern nur intellektuell erschließen. Mit einer Reziprozitätsnorm wie etwa der Goldenen Regel – „was du nicht willst, das man dir tu“, das füg‘ auch keinem andern zu“ – kann man Kindern durchaus verständlich machen, dass, wer selbst ungestört ausreden möchte, dies auch anderen gewähren muss. Die obige Liste enthält aber auch Beispiele, wo dies vielleicht schwerer fällt, weil ein entsprechendes Fehlverhalten, wenn es unentdeckt (und folglich unbestraft) bleibt, ohne negative Folgen zu sein scheint: Das Warenangebot im Supermarkt quillt über, auch wenn man beim letzten Mal einen Schokoriegel an der Kasse vorbeigeschmuggelt hat. Busse und Bahnen verkehren auch dann nach Fahrplan, wenn man beim letzten Mal die öffentlichen Verkehrsmittel als Schwarzfahrer ohne gültiges Ticket genutzt hat. Mehr noch: Wer zu einer Gruppenstunde zu spät kommt, macht gelegentlich sogar die Erfahrung, dass für ihn noch einmal von vorn begonnen wird. So bekommt man zusätzliche Aufmerksamkeit und hat noch nicht einmal etwas verpasst.

2.1 Das Problem mangelnder Pünktlichkeit

Man kann die Modellanalyse vom Beispiel des Mogelns auf den Fall der Pünktlichkeit übertragen, indem man die beiden Szenarien als „mit Rücksicht“ und „ohne Rücksicht“ auf Zuspätkommende definiert und die individuelle Wahl zwischen „ja“ oder „nein“ auf die Strategie: „Unpünktlichkeit?“ bezieht. Das Ergebnis: Wenn immer auf den Letzten gewartet wird, hat jeder individuell einen Anreiz, der Letzte zu sein. Und da die Zuspätkommenden sich nicht koordinieren, steigen die Wartezeiten der Gruppe. Das Ergebnis ist eine kollektive Selbstschädigung (Abb. 1). Wechselt man hingegen zum institutionellen Arrangement eines rigiden Zeitplans, so befreit man die Gruppe aus einem sozialen Dilemma und schützt die pünktlich erschienen Gruppenmitglieder davor, von den unpünktlichen ausgebeutet zu werden (Abb. 2). Der bewusste Verzicht darauf, durch Rücksicht auf Zuspätkommende das Zuspätkommen zu fördern, sanktioniert eine sozialschädliche Aktivität und trägt so dazu bei, dass die Gruppenmitglieder sich durch allgemeine Pünktlichkeit wechselseitig besserstellen. Ähnlich wie die Institution der Klausuraufsicht ist auch die Institution des verbindlichen Zeitplans keine Schikane, sondern eine Vorkehrung, die die Gruppenmitglieder davor bewahrt, sich so zu verhalten, wie sie es von anderen befürchten. Freilich ist diese Verbindung zur Goldenen Regel nicht offenkundig. Sie muss vielmehr erst vor Augen geführt werden. Hierbei kann die Modellanalyse helfen: Das Modell des sozialen Dilemmas ist ein Instrument, ein „Denk-Werkzeug“, mit dem man sich durch die Komplexität der Situation schrittweise hindurcharbeiten kann, so dass einem die relevanten Alternativen klar werden. Richtig verstanden, dient die Theorie dazu, die Probleme der Praxis – und mögliche Optionen für eine geeignete Problemlösung – transparent zu machen.

2.2 Das Problem des Diebstahls

Wer die Eigentumsrechte anderer nicht anerkennt, mogelt auf dem Markt. Er versucht, sich einen individuellen Vorteil zu verschaffen, indem er sich nicht an die allgemein gültigen Spielregeln hält. Die Situation der Kunden auf einem Markt kann man mit Hilfe des Gefangenendilemmas besser verstehen. Der Kauf von Schokoriegeln im Supermarkt mag hierfür als illustratives Beispiel dienen.

Man kann die Analyse des Mogelns auf diesen Fall übertragen, indem man das erste Szenario (Abb. 1) als „ohne Schutz von Eigentumsrechten“ definiert und die individuelle Wahl zwischen „ja“ oder „nein“ auf die Strategie: „Diebstahl?“ bezieht. „Ja“ bedeutet dann, den Schokoriegel an sich zu nehmen, ohne an der Kasse dafür zu bezahlen. Interpretiert man Spieler A als repräsentativen Konsumenten von Schokoriegeln und fasst alle anderen Konsumenten als Spieler R (für Rest der Konsumentengruppe) zusammen, so erhält man folgendes Ergebnis: In Szenario I wird allgemein „gemogelt“, d.h. gestohlen: Vor die Wahl gestellt, den Schokoriegel zu bezahlen oder ihn so „mitgehen“ zu lassen, würde sich Spieler A in seinem eigenen individuellen Interesse gegen eine Bezahlung entscheiden, und zwar unabhängig davon, wie sich der Rest der Gruppe verhält. Da A für die gesamte Gruppe repräsentativ ist, ist Quadrant III das Gleichgewicht des Spiels (Wertschätzung „c“). Und doch sind damit alle Spieler unzufrieden. Denn wenn niemand von ihnen Schokoriegel bezahlt, nimmt der Supermarkt die Riegel schließlich aus dem Sortiment, und der Hersteller stellt seine Produktion ein. Insofern wäre Quadrant I für alle besser. Mit ihm verbindet sich die vergleichsweise höhere Wertschätzung „b“.

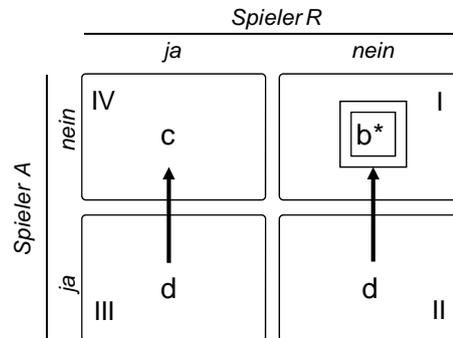
Wechselt man zu Szenario II und sichert die Eigentumsrechte, so spielt man ein völlig anderes Spiel (Abb. 3). Nun müssen die Spieler mit einer Strafe rechnen, wenn sie versuchen wollten, ohne Bezahlung in den Genuss des Schokoriegels zu kommen. Aus diesem Grund arbeiten Supermärkte mit Spiegeln, Kameras und gelegentlich sogar mit Detektiven. Zudem werden an der Kasse manchmal die Taschen kontrolliert. Solche Maßnahmen zielen darauf ab, die Wahrscheinlichkeit nach oben zu treiben, mit der man damit rechnen muss, bei einem Ladendiebstahl erwischt und bestraft zu werden. Supermärkte versprechen sich davon eine abschreckende Wirkung.⁵ Aber sie tun dies nicht, um ihre Kunden zu gängeln. Sondern sie tun dies, um ihre ehrlichen Kunden vor den unehrlichen zu schützen!

Zur Erläuterung: Aus Sicht von Spieler A macht es keinen großen Unterschied, ob er allein beim Stehlen erwischt wird oder ob sich auch die anderen Konsumenten unehrlich verhalten. Er wird individuell bestraft. Deshalb weist er den beiden Quadranten II und III die gleiche Wertschätzung zu, und zwar mit „d“ den absolut niedrigsten Wert. Ferner darf man unterstellen, dass es ihm nicht egal wäre, wenn nur er bezahlte, während alle anderen Konsumenten ihre Schokoriegel zu stehlen versuchten. Er würde in diesem Fall zwar nicht bestraft, hätte aber doch den Nachteil, dass der Schokoriegel für ihn teurer oder sogar unerreichbar würde. Es ist ja kaum damit zu rechnen, dass Produktion und Handel von Schokoriegeln aufrechterhalten werden (können), wenn nur er allein zu zahlen bereit ist. Daher ist es für A am besten, wenn alle Konsumenten die Eigentumsrechte des Händlers respektieren und die Schokoriegel, die sie konsumieren wollen, an der Kasse ordentlich bezahlen. Des-

⁵ In vielen Märkten findet man Schilder, die öffentlich darauf hinweisen, dass auch Bagatelldelikte angezeigt werden. Zahlreiche Supermärkte reduzieren zudem den Ermessensspielraum ihrer Angestellten und formulieren eine strikte Anzeigepflicht. All dies soll verhindern, dass man – etwa aus Mitleid – im Einzelfall auf eine Anzeige verzichtet, was der abschreckenden Wirkung abträglich wäre.

halb wird Quadrant I die in diesem Spiel höchste Wertschätzung „b“ und Quadrant IV die zweithöchste Wertschätzung „c“ zugeordnet.

Szenario: mit Schutz von Eigentumsrechten



Strategie: Diebstahl?

Abbildung 3: Rationale Strategiewahl bei geschützten Eigentumsrechten

Eine Analyse dieses Spiels führt zu folgendem Schluss: Beide Pfeile weisen für Spieler A nach oben. Er wird also unabhängig davon, wie sich die anderen entscheiden, stets auf die ehrliche Option setzen. Sein Verhalten ist repräsentativ für die gesamte Gruppe der Käufer. Als Gleichgewicht stellt sich Quadrant I ein.

Vergleicht man die beiden Szenarien, so sieht man, dass die Sicherung der Eigentumsrechte die Kunden zu einer Verhaltensänderung anhält, von der sie letztlich alle profitieren: Würden sie jeweils darauf setzen, ihre Ware nicht zu bezahlen, so würden sie gemeinsam ausgerechnet jenen Marktmechanismus außer Kraft setzen, der bei sicheren Eigentumsrechten dazu führt, dass sie mit genau den Gütern und Leistungen versorgt werden, die sie sich wünschen.

2.3 Das Problem des Kartells

„Mogeln“ können nicht nur die Nachfrager auf Märkten, die Kunden. „Mogeln“ können auch die Anbieter, die Unternehmen. Eine besonders wichtige Art des „Mogelns“ besteht darin, sich zu einem Kartell zusammenzuschließen, das den Leistungswettbewerb aushebelt, von dem die Kunden so nachhaltig profitieren. Beispielsweise können die Unternehmen eine Mengenbeschränkung verabreden, um durch eine solche Angebotsverknappung den Marktpreis nach oben zu treiben. Abb. 4 zeigt die Situation potentieller Kartellmitglieder, die keinen bindenden Kartellvertrag miteinander abschließen können.

Teilt man die Branche auf in ein repräsentatives Unternehmen A und fasst den Rest der Branchenunternehmen als Spieler R zusammen, dann markiert Quadrant II den für Unternehmen A besten Fall (Wertschätzung „a“). Die anderen Unternehmen mogeln und unterlaufen den fairen Wettbewerb. Sie reduzieren ihre Absatzmenge und treiben dadurch den Marktpreis in die Höhe. Das nutzt Unternehmen A aus: Es beteiligt sich nicht an der kollektiven Verknappungsaktion, sondern macht den Kartellbrüdern Konkurrenz. Unternehmen A verkauft so viel es kann, zieht an seinen im Kartell vereinigten Wettbewerbern vorbei und verdient sich dabei eine „goldene Nase“. Umgekehrt markiert Quadrant IV den für Unter-

nehmen A schlechtesten Fall (Wertschätzung „d“). Während es sich im Wettbewerb zurückhält, ziehen die Konkurrenten an ihm vorbei und bedienen die Marktnachfrage.

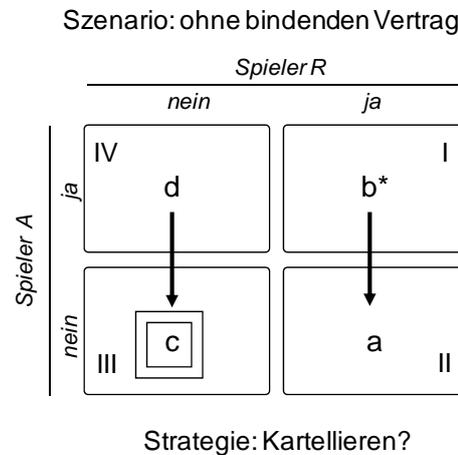


Abbildung 4: Rationale Strategiewahl ohne bindenden Kartellvertrag

In Quadrant III machen sich alle Unternehmen wechselseitig Konkurrenz. Keiner „mogelt“. Alle setzen auf Leistungswettbewerb: Sie versuchen, sich die Kunden wechselseitig abspenstig zu machen, indem sie auf dem Markt mit einem möglichst attraktiven Angebot aufwarten. In Quadrant I hingegen „mogeln“ alle. Hier kommt es zur Kartellbildung. Da kein Unternehmen ausschert, können sich alle gemeinsam zu Lasten ihrer Kunden bereichern. Deshalb ziehen alle Unternehmen die Kartellbildung dem freien Leistungswettbewerb vor, wie ein Vergleich der Wertschätzungen „c“ und „b“ zeigt.

Eine Analyse dieses Spiels führt zu folgendem Schluss: Beide Pfeile weisen für Unternehmen A nach unten. Es wird also unabhängig davon, wie sich die anderen entscheiden, stets darauf setzen, die Konkurrenten im Wettbewerb zu überholen. Als Gleichgewicht stellt sich Quadrant III ein. Es kommt zu einer kollektiven Selbstschädigung der Unternehmen. Die Kartellbildung scheidet.

Dieses Ergebnis ist äußerst bemerkenswert. Mit ihm verbinden sich fünf wichtige Erkenntnisse:

- Erstens sind Kartelle tendenziell instabil. Zwar hat die Gruppe der Unternehmen ein gemeinsames Interesse daran, ein Kartell zu bilden. Aber genau in dem Maße, wie man sich erfolgreich zusammenschließt, entsteht für das einzelne Unternehmen ein immer unwiderstehlicherer Anreiz, aus der Gruppe auszuscheren und seinen individuellen Vorteil im Wettbewerb zu suchen. Kartelle neigen dazu, an ihrem Erfolg zugrunde zu gehen.⁶
- Zweitens macht sich die Gesellschaft diese Tendenz gezielt zunutze. Um funktionierende Märkte in Gang zu setzen und dauerhaft in Gang zu halten, werden Kartellverträge verboten und wettbewerbspolitisch unterminiert. Beispielsweise dient die Maxime des Freihandels – des Offenhaltens inländischer Märkte für ausländische Konkurrenz – dazu, die Anzahl der potentiellen Anbieter auf einem Markt

⁶ Das weltweit wohl berühmteste Kartell ist der Zusammenschluss der Erdölexportierenden Länder (OPEC). Hier haben sich nicht Unternehmen, sondern Staaten zu einem Kartell zusammengeschlossen. Das Kartell funktioniert aber nur zeitweise, weil einzelne Länder immer wieder der Versuchung erliegen, die Kartellabsprachen zu unterlaufen und mehr Öl zu produzieren sowie auszuführen, als ursprünglich vereinbart wurde.

möglichst groß zu halten, um so die Kosten für ein wirkungsvolles Kartellarrangement künstlich ansteigen zu lassen. Aber auch das wettbewerbspolitische Instrument einer „Kronzeugenregelung“ wird gezielt eingesetzt, um Kartelle wirksam zu bekämpfen.⁷

- Drittens liegt hier der interessante Fall vor, dass die Gesellschaft nicht versucht, den betroffenen Spielern aus einem sozialen Dilemma herauszuhelfen, sondern ganz im Gegenteil alles tut, um die Spieler in ein Gefangenendilemma zu versetzen und sie darin festzuhalten. Funktionierende Märkte beruhen auf einer kollektiven Selbstschädigung der Unternehmen. Hier werden die Unternehmen unter Konkurrenzdruck gesetzt, damit ein Leistungswettbewerb zustande kommt, von dem die Kunden der Güter und Dienstleistungen – in den Dimensionen von Quantität, Qualität und Preis – nachhaltig profitieren. Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen fördert die wechselseitig vorteilhaften Tauschakte zwischen Anbietern und Nachfragern. Folglich ist der Wettbewerb auf Märkten kein Selbstzweck. Vielmehr gilt hier: Konkurrenz ist ein Instrument sozialer Kooperation.
- Viertens wird durch Leistungswettbewerb sichergestellt, dass die Gewinne der Unternehmen nicht aus einer künstlichen Verknappung resultieren, sondern allein dadurch zustande kommen, dass den Unternehmen eine echte Wertschöpfung gelingt: Auf einem funktionierenden Wettbewerbsmarkt kann ein Unternehmen nur dann einen Gewinn erzielen, wenn es Kunden findet, die freiwillig bereit sind, für die Güter und Dienstleistungen einen Preis zu zahlen, der die Kosten der Produktion übersteigt. Insofern ist der Gewinn ein Signal – und eine Belohnung! – dafür, dass es einem Unternehmen gelungen ist, knappe Ressourcen – Arbeit und Kapital, Rohstoffe und Vorprodukte – so zu kombinieren, dass daraus ein Mehrwert entsteht, der den Kunden zugute kommt. Das bedeutet: Unternehmen sind Wertschöpfungsagenten im gesellschaftlichen Auftrag.
- Fünftens heißt dies im Umkehrschluss: Einem Unternehmen, dem die Wertschöpfung misslingt, wird das gesellschaftliche Mandat automatisch entzogen. Es erleidet im Wettbewerb Verluste, büßt sein Eigenkapital ein und muss dann aus dem Markt ausscheiden. Dadurch wird eine dauerhafte Verschwendung knapper Ressourcen vermieden. Dies setzt freilich voraus, dass Politiker der Versuchung widerstehen, marode Unternehmen auf Kosten der Steuerzahler künstlich am Leben zu erhalten.

2.4 Das Problem der Korruptionsbekämpfung

Das Phänomen des „Mogelns“ findet man auf der Anbieterseite nicht nur zwischen Unternehmen, sondern auch innerhalb von Unternehmen. Beispiel Korruption: Um eine schwarze Kasse zu bilden, d.h. Geld beiseite zu schaffen, müssen oft mehrere Täter zusammenarbeiten. Da bleibt es nicht aus, dass es auch Mitwisser gibt, also Personen, die selbst nicht kri-

⁷ Weil Kartelle gesetzlich verboten sind, bemühen sich die Mitglieder um Geheimhaltung. Das macht es schwierig, Kartelle zu entdecken und zu bestrafen. Deshalb unterbreitet die Kronzeugenregelung den Kartellmitgliedern folgendes Angebot: Das erste Unternehmen, das sich den Behörden stellt und – als „Kronzeuge“ – das Kartell aufdeckt, kann mit großen Strafnachlässen rechnen, während all die anderen Unternehmen, die nun überführt werden können, mit hohen Strafen zu rechnen haben. Durch diese Regelung verwandelt sich die Geheimhaltungspraxis in einen Geständniswettlauf: Da jetzt jedes Unternehmen fürchten muss, dass ihm ein anderes Unternehmen aus dem Kartell zuvorkommt, hat nun jedes Kartellmitglied einen Anreiz, so schnell wie möglich selbst zu gestehen, um in den Genuss der dem Kronzeugen gewährten Strafnachlässe zu gelangen. Abb. 1 gibt das Szenario einer Kronzeugenregelung wieder, wenn man hier „Mogeln“ übersetzt als „Anzeigen des Kartells“.

minell geworden sind, aber von den kriminellen Machenschaften anderer zufällig etwas mitbekommen haben. Diese Mitwisser befinden sich in einer Lage, die einige Ähnlichkeiten aufweist zur Situation derjenigen, die in einer Klausur bemerken, dass ihr Nachbar gerade mogelt. In beiden Fällen gibt es zahlreiche Loyalitätskonflikte: Erstens unterhält man zum Regelverletzer eine persönliche Beziehung, die man nicht ohne weiteres aufs Spiel setzen möchte. Zweitens befürchtet man, von anderen aus Loyalität zur Person des Regelverletzers aus der Gruppe ausgegrenzt und gar als „Verräter“ an den Pranger gestellt zu werden. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Mitwisser ihr Wissen oft lieber für sich behalten.

Schulen und Unternehmen sind also mit einem sehr ähnlichen Problem konfrontiert. Es gibt aber auch einen wichtigen Unterschied, und der führt dazu, dass jeweils andere Lösungen gewählt werden: In der Schule setzt man nicht darauf, dass die Gruppe ihre Loyalitätsbeziehungen hinreichend differenziert managen kann, um das Problem selbst in den Griff zu bekommen und das gruppenschädliche Verhalten des Mogelns spontan zu unterbinden. Stattdessen führt man eine externe Klausuraufsicht ein, die im Interesse der Schüler handelt, indem sie ihnen die lästige Überwachungs- und Sanktionsfunktion abnimmt. Auch in den Unternehmen verlässt man sich nicht auf spontane Lösungen. Aber hier wäre es prohibitiv teuer, alle Mitarbeiter rund um die Uhr überwachen zu wollen. Deshalb wird darauf gesetzt, Regeln einzuführen, die es den Mitwissern erlauben, im Interesse der Gruppe zu handeln, ohne dafür von den Gruppenmitgliedern (aus *falsch* verstandener Loyalität!) bestraft zu werden: Zum Zweck einer wirksamen Korruptionsbekämpfung richtet man anonyme Meldesysteme ein, durch die Mitwisser Hinweise geben können, selbst aber unerkannt bleiben, so dass sie keine negativen Reaktionen befürchten müssen.⁸

2.5 Das Problem der Privilegiensuche

Interpretiert man „Mogeln“ als Versuch, sich einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber den eigenen Konkurrenten zu verschaffen, so gibt es eine weitere Form des „Mogelns“ auf einem Markt. Die besteht darin, durch eine politische Einflussnahme zu erreichen, dass der Staat den Konkurrenten das Leben schwer macht, indem er ihnen den Zugang zum Markt erschwert oder sogar verbietet. Diese Art von „Mogeln“ setzt das rechtsstaatliche Prinzip der Gleichbehandlung außer Kraft. Sie zielt auf Diskriminierung, denn sie gewährt nicht unterschiedslos allen Konkurrenten, sondern nur einem Teil der Wettbewerber – und mithin als Privileg! – das Recht, ungestört am Markt tätig sein zu dürfen, während einem anderen Teil der Wettbewerber genau dieses Recht vorenthalten wird.

Ein typisches Beispiel für eine solche Privilegiensuche sind Rufe nach Protektionismus, nach einem Schutz vor ausländischer Konkurrenz. Sie zielen darauf ab, tarifäre oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu errichten, um den inländischen Markt abzuschotten. Im ersten Fall werden ausländische Produkte durch einen Zoll, also direkt durch einen staatlichen Preisaufschlag, künstlich verteuert. Im zweiten Fall werden sie durch bürokratische Schikane indirekt verteuert. In beiden Fällen ergreift der Staat Partei. Er begünstigt die inländi-

⁸ Vgl. Pies (2008b; insbes. S. 151-153). Im Englischen spricht man von „whistle-blowing“. Die wörtliche Übersetzung – „verpfeifen“ – hat jedoch stark irreführende Konnotationen. Eher geht es darum, „Alarm zu schlagen“, um die moralische Integrität der Unternehmensorganisation zu bewahren und die Ehrlichen von den Unehrlchen zu schützen. Hier sieht man, dass von unserer Alltagssprache nicht nur Orientierungen, sondern auch gravierende Fehl-Orientierungen ausgehen können. Eine didaktisch angemessen vermittelte Wirtschaftsethik kann Schüler in den Stand versetzen, solche Fehl-Orientierungen eigenständig erkennen und korrigieren zu können.

schen Anbieter – aber nicht nur zu Lasten der ausländischen Anbieter, sondern auch zu Lasten der inländischen Nachfrager! Handelshemmnisse verknappen das Angebot und lassen dadurch die Preise steigen, mit der Folge, dass die Nachfrager nun in zweifacher Weise durch den Protektionismus benachteiligt sind: (a) Für einige wird das Gut zu teuer. Sie ziehen sich als Nachfrager zurück und müssen nun auf das Gut verzichten, in dessen Genuss sie gekommen waren, bevor die Privilegiensuche einsetzte. (b) Diejenigen, die bereit sind, das Gut immer noch nachzufragen, werden nun mit einem höheren Preis belastet. Auch sie erleiden also eine Nutzeneinbuße.

Insgesamt ist es also so, dass der Protektionismus den begünstigten inländischen Anbietern nützt, *weil* er ausländischen Anbietern und inländischen Nachfragern schadet. Dies ist eine klare Abkehr vom Prinzip des Win-Win, das auf funktionierenden Märkten gilt und sicherstellt, dass Gewinne nur erwirtschaftet werden (können), indem man dazu beiträgt, der allgemeinen Knappheit entgegenzuwirken und sich durch Leistungserbringung wechselseitig besserzustellen. Durch Protektionismus wird gerade umgekehrt die allgemeine Knappheit – durch Leistungsentzug – noch künstlich verschärft. Man kann es auch so ausdrücken: Die durch Privilegiengewährung begünstigten Unternehmen verdienen einen Teil ihrer Gewinne nicht dadurch, dass sie sich im Leistungswettbewerb vor anderen auszeichnen, sondern vielmehr gerade dadurch, dass sie den Leistungswettbewerb partiell außer Kraft setzen und sich dann auf Kosten der Nachfrager bereichern.

Ein weiterer Aspekt kommt noch hinzu: Genau genommen schadet die protektionistische Privilegiensuche der von Importkonkurrenz betroffenen Branchen nicht nur den ausländischen Anbietern (als den unmittelbar durch Diskriminierung Benachteiligten) und den inländischen Nachfragern (als den mittelbar durch Diskriminierung Benachteiligten), sondern sie schadet zusätzlich auch einem Teil der inländischen Anbieter, nämlich solchen, die in Exportbranchen arbeiten. Der Hintergrund: Exportgüter kann man nur dann auf dem Weltmarkt absetzen, wenn die Kunden über Devisen verfügen. Devisen kann das Ausland aber nur dadurch erwirtschaften, dass es Güter produziert, die im Inland gekauft werden. Deshalb gilt: Die protektionistische Behinderung von Importen (z.B. im Agrarsektor) schadet langfristig dem eigenen Export (z.B. von Autos), weil sie die auf Win-Win angelegten, d.h. wechselseitig vorteilhaften Tauschakte zwischen Inland und Ausland unterminiert.

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum der Europäische Binnenmarkt und auf globaler Ebene die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) vorsehen, den bestehenden Protektionismus abzubauen und neue Handelshemmnisse zu verhindern. Die Privilegiensuche erweckt – analog zum Mogeln in der Klausur – den Anschein, individuell vorteilhaft zu sein. Aber sie funktioniert eben nur als Privileg: Sobald zahlreiche andere ebenfalls anfangen, sich solche Privilegien zuzulegen, entsteht ein Gefangenendilemma, durch das alle verlieren. Das Prinzip des Freihandels hingegen sorgt – analog zur Institution der Klausuraufsicht – dafür, dass jeder einzelne auf eine diskriminierende Privilegierung verzichten muss, mit der Folge, dass alle wechselseitig vorteilhaften Tauschakte zustande kommen dürfen, unabhängig davon, welcher Nationalität die Tauschpartner angehören. Dadurch stellen sich langfristig alle besser.⁹

⁹ Abb. 1 gibt das Szenario einer wechselseitigen Schlechterstellung wieder, wenn man hier „Mogeln“ übersetzt als „Privilegiensuche“. Die Logik des Gefangenendilemmas greift, und zwar unabhängig davon, ob es sich bei den Spielern um Unternehmen oder um Staaten handelt. Im ersten Fall versuchen wirtschaftliche Akteure, sich mit einem Privileg zu versorgen, das ihre Konkurrenz ausbootet. Im zweiten Fall versuchen politische Akteure, ihre jeweilige Binnenwirtschaft zu privilegieren und sich beispielsweise auf Kosten der Nachbarstaaten (und zu Lasten ausländischer Unternehmen) einen unfairen Vorteil zu verschaffen. Sobald dieses Verhalten um sich greift, kommt es zur wechselseitigen Schädigung. Die lässt

2.6 Wirtschaft, Politik und die Rolle der Aufklärung

(1) In wirtschaftlichen Krisenzeiten sucht man in der Öffentlichkeit gern nach Sündenböcken, also nach Akteuren, denen man „in die Schuhe schieben“ kann, dass es derzeit nicht so gut läuft. Da sind ausländische Arbeiter oder ausländische Unternehmen schnell als Quelle des Übels ausgemacht. Oft hört man den Vorwurf, dass diese Ausländer „uns“ (Deutschen) die Arbeitsplätze wegnehmen. Was ist von solchen Aussagen zu halten?

Konzentriert man sich auf eine nüchterne Analyse des Sachverhalts, dann sieht man schnell, dass solche Vorwürfe generell verfehlt sind: Wenn ein ausländisches Unternehmen einem deutschen Unternehmen die Kunden abspenstig macht, weil es bei gleicher Qualität billiger liefern kann, dann kann es zwar in der Tat dazu kommen, dass bei diesem deutschen Unternehmen nun Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Insofern entbehrt der Vorwurf nicht jeder Grundlage. Er ist aber dennoch verfehlt, weil er zwei Aspekte außer Acht lässt, die den ganzen Vorgang in einem völlig anderen Licht erscheinen lassen. Erstens verfügt das ausländische Unternehmen, das nun die deutschen Kunden beliefert, über Euro, mit denen letztlich wieder deutsche Produkte gekauft werden, so dass an anderer Stelle in Deutschland nun zusätzliche Arbeitsplätze (im Export) entstehen. Zweitens kommen die deutschen Kunden in den Genuss eines besseren Preis-Leistungs-Verhältnisses. Ergebnis: Die Deutschen sind durch den Wettbewerbsvorteil des ausländischen Unternehmens insgesamt nicht ärmer, sondern reicher geworden. Dieses Unternehmen hat also keinen Vorwurf, sondern vielmehr Dank verdient.

Wie sieht es nun mit dem Sachverhalt aus, wenn man nicht die Standortkonkurrenz zwischen Unternehmen betrachtet, sondern die Konkurrenz um einen Arbeitsplatz in Deutschland, für den es sowohl deutsche als auch ausländische Bewerber gibt? Auch hier gilt: Wer in Deutschland arbeitet und einen leistungsgerechten Lohn dafür erhält, leistet – buchstäblich: wertvolle! – Beiträge, von denen die Deutschen insgesamt profitieren: Ausländische Arbeitnehmer tragen dazu bei, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in Deutschland zu verbessern; zudem zahlen sie Steuern und Sozialbeiträge und ko-finanzieren auf diese Weise die staatlichen Leistungen, die allen Bürgern in Deutschland zugute kommen; ferner verwenden sie ihr erarbeitetes Einkommen, um Güter und Dienstleistungen nachzuzufahren, die in Deutschland produziert werden, so dass sie auf diese Weise anderen Deutschen Arbeit verschaffen. Auch hier gilt: Die Deutschen sind durch den Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitnehmer insgesamt nicht ärmer, sondern reicher geworden. Diese Arbeitnehmer haben also keinen Vorwurf, sondern vielmehr Dank verdient. (Bei dieser „rein ökonomischen“ Betrachtung ist übrigens berücksichtigt, welche kulturelle Bereicherung von den ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland ausgeht. Man denke nur an die „deutsche Küche“ und die italienischen, französischen, spanischen, indischen, chinesischen, japanischen, türkischen und griechischen Restaurants, die nicht unwesentlich dazu beitragen, den Lebensstandard der Deutschen zu verbessern.)¹⁰

sich nur verhindern, wenn sich alle daran binden, eine solche Privilegiensuche zu unterlassen und sich beispielsweise auf das Prinzip des Freihandels verpflichtend festlegen (Abb. 2). Das Prinzip des Freihandels ist also die institutionelle Lösung für ein gravierendes soziales Problem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es hilft, Formen wechselseitig vorteilhafter Kooperation zu stabilisieren.

¹⁰ Um der Diskussion im Schulunterricht noch mehr Tiefgang zu verleihen, kann man den Sachverhalt auch wie folgt interpretieren: Ein ausländischer Bewerber um einen inländischen Arbeitsplatz wird einem Deutschen typischerweise dann vorgezogen, wenn er eine Leistung anbietet, die der Deutsche – etwa qualifikationsbedingt – nicht erbringen *kann* oder – etwa im Hinblick auf die Lohnhöhe – nicht erbringen *will*. In beiden Fällen stellt sich die Frage, ob es aus moralischer Sicht wirklich gerechtfertigt wäre, einen

(2) Interessant ist nun, was passiert, wenn diese Vorwürfe – obwohl sie nachweislich falsch sind – in der Öffentlichkeit an Popularität gewinnen. Es kann dann passieren, dass wirtschaftliche Vor-Urteile politische Konsequenzen haben, und zwar selbst dann, wenn die Politiker (und ihre Berater) gut informiert sind und durchaus wissen, wie es um den Sachverhalt in Wirklichkeit steht. Folgende Analyse macht das deutlich: In einer Demokratie stehen Politiker und ihre Parteien in einem Wettbewerb um die Wählergunst. In einem Szenario mit dominanten Vor-Urteilen in der Öffentlichkeit geraten alle Politiker in ein Dilemma (Abb. 1). Sie „mogeln“, d.h. sie beschließen wider besseres Wissen protektionistische Maßnahmen zum Ausschluss ausländischer Arbeitnehmer oder ausländischer Unternehmen (z.B. im Agrar- oder im Textil-Sektor), obwohl ihnen durchaus bewusst ist, dass dies der eigenen Bevölkerung insgesamt schadet. Sie müssen dies tun, weil jeder einzelne Politiker, wenn er hier aus dem Chor der anderen ausschert, vom Wähler bestraft wird und damit den für ihn individuell schlechtesten Quadranten erreicht.

Aus diesem Dilemma verhilft hilft nur eine kollektive Bindung, die für alle Politiker gleichermaßen gilt. In einem Szenario, in dem der Freihandel in der Öffentlichkeit populär und als politisches Prinzip fest verankert ist, verliert das „Mogeln“ seine Attraktivität, so dass sich ein Gleichgewicht einstellt, in dem die Bürger davon profitieren, dass ihre Tauschakte nicht durch Protektionismus beeinträchtigt werden (Abb. 2).

(3) Ähnlich wie in der Wirtschaft der Wettbewerb zwischen den Unternehmen, stellt in der Politik der Wettbewerb zwischen den Politikern und Parteien sicher, dass die Bürger genau das bekommen, was sie sich wünschen, und zwar weitgehend unabhängig davon, ob die nachgefragte Leistung den Anbietern selbst gefällt oder nicht. In der Marktwirtschaft gilt: „Der Kunde ist König.“ Und analog gilt in der demokratischen Politik: „Der Wähler ist König.“

gesetzlichen Zwang auszuüben, der dem Deutschen ein (Beschäftigungs-)Privileg einräumt und mithin den Ausländer diskriminiert. (Im Hinblick auf Bundesligaspieler leuchtet es den Schülern schnell ein, dass sie als Zuschauer benachteiligt wären, wenn man den Weltstars verbieten wollte, in deutschen Vereinen zu spielen, um dies – als Privileg – ausschließlich deutschen Fußballspielern vorzubehalten.) Hier bietet es sich an, den Begriff der „Menschenrechte“ in die Diskussion einzuführen, mit folgender Pointe: Dass bei gleichen Rechten für Inländer und Ausländer – also ohne Diskriminierung – weder Hautfarbe noch Herkunft oder Religion, weder Geschlecht noch Alter oder politische Auffassung, weder Weltanschauung noch familiärer Status oder sexuelle Orientierung eine Rolle spielen, weil der Markt ausschließlich die – von der Marktgegenseite bewertete – Leistung prämiert, lässt sich durchaus als eine moralische Errungenschaft interpretieren. Generell gilt: Der Markt ist ein Arrangement zur Ausdehnung der Kleingruppenmoral (also ein Arrangement zur Ausdehnung z.B. der traditionellen Solidarität innerhalb der Familien- oder Dorfgemeinschaft) auf anonyme Kooperationsbeziehungen in großen Gesellschaften, indem das wechselseitige Wohlverhalten als Reziprozitäts-Prinzip marktlicher Besserstellung (Win-Win) institutionalisiert und räumlich entgrenzt wird. Hierbei kann es allerdings erforderlich sein, dass traditionelle Werte im konkreten Fall umgewertet werden müssen. Beispielsweise erscheinen in der Marktwirtschaft bestimmte Ausprägungsformen von Solidarität mit Verwandten (etwa bei Unternehmensentscheidungen, wer im Betrieb eingestellt werden soll) als unsolidarisch mit Nicht-Verwandten und werden deshalb konsequent als Nepotismus (oder Korruption) neu bewertet und unter Strafe gestellt. Was hier im 18. Jahrhundert noch durchaus üblich gewesen sein mag, gilt im 21. Jahrhundert als veritabler Skandal. Ähnlich verhält es sich bei der Solidarität mit Angehörigen des eigenen Volkes. Sie zu bevorzugen, diskriminiert andere, deren Interessen – als Menschenrechte – schutzwürdig sind. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass es im Zuge dynamischer Lernprozesse für die Bildung neuer Institutionen (Stichworte: Europäische Union und Globalisierung) zu individuellen Orientierungsschwierigkeiten kommen kann, weil traditionell liebgewonnene Urteile zu Vor-Urteilen und sogar Fehl-Urteilen werden, die einer Korrektur bedürfen. Hier zeigt sich: Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie, die einem hilft, die Dinge ins rechte Licht zu rücken, so dass man sie – gleichsam „mit anderen Augen“ – klarer sehen kann. Wirtschaftsethik für die Schule zielt auf eine Stärkung der eigenen Urteilskraft.

Das bedeutet, dass der politische Wettbewerb den Politikern und Parteien auch Ergebnisse abtrotzen kann, die sie an sich möglicherweise lieber vermeiden würden. Man denke etwa an transparente Regeln für das Parteispenden(un)wesen. Hier kommt es in zahlreichen Demokratien immer wieder zu Skandalen. Aber wenn die Öffentlichkeit ein Problembewusstsein entwickelt, dann können die einzelnen Skandale jeweils dazu genutzt werden, in einem – notfalls durchaus langwierigen – Lernprozess entsprechende Vorkehrungen zu treffen, die verhindern helfen, dass hier „gemogelt“ wird. Richtig verstanden, sind solche Vorkehrungen übrigens durchaus auch im Interesse der Politiker selbst, denn sie verhindern, dass sich eine Partei gegenüber ihren Konkurrenten einen unfairen Wettbewerbsvorteil verschafft, also ein Privileg, das sie für sich in Anspruch nimmt, ihren Konkurrenten aber vorzuenthalten wissen will.

Was für die Privilegiensuche wirtschaftlicher Akteure gilt, trifft also auch für die Privilegiensuche politischer Akteure zu: Die Privilegiensuche führt in ein soziales Dilemma (Abb. 1), aus dem man sich nicht individuell, sondern nur kollektiv befreien kann (Abb. 2). Hierfür sind Bindungen nötig, die die Politik aber nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen kann. *Insofern sind mündige Bürger und eine aufgeklärte Öffentlichkeit von grundlegender Bedeutung für das Funktionieren von Marktwirtschaft und Demokratie.*

(4) Dies lässt sich besonders anschaulich am Beispiel der Umweltpolitik illustrieren. Wenn man versuchen will, einer Erosion der natürlichen Lebensgrundlagen entgegenzusteuern, dann benötigt man eine Diagnose, die zu einer wirksamen Therapie befähigt. Oft aber wird die Diagnose falsch gestellt. Gelegentlich hört man angesichts von Umweltverschmutzung den Vorwurf, dass hier „der Markt versagt“ oder dass „die Unternehmen versagen“. Dies wird oft mit Forderungen verbunden, die wirtschaftlichen Akteure sollten sich aus Gründen Moral anders verhalten. Was ist davon zu halten?

In der Tat ist es oft so, dass – neben den Haushalten – vor allem die Unternehmen durch ihr Verhalten die natürliche Umwelt belasten. Doch bevor man daraus nun voreilig den Schluss zieht, die Wirtschaft sei Schuld, empfiehlt es sich, den gesamten Vorgang gründlich(er) zu durchdenken.

Zunächst ist zu berücksichtigen, dass alle Produktion letztlich dem Konsum dient. Produktion ist niemals Selbstzweck. Denn Produktion verursacht Kosten. Diese Kosten nehmen die Unternehmen nur deshalb auf sich, weil sie hoffen und erwarten, ihre Produkte zu einem Preis verkaufen zu können, der die Kosten mindestens abdeckt. Unternehmen produzieren nur deshalb, weil sie dazu – im Fall der Konsumgüter unmittelbar, im Fall der Investitionsgüter mittelbar – von den Endkonsumenten veranlasst werden.

Insofern ist es auch folgerichtig, dass die Endkonsumenten alle bei der Produktion auftretenden Kosten tragen müssen: Ein Unternehmen stellt Arbeitnehmer ein, es benutzt Maschinen und Gebäude, es setzt Vorprodukte ein und kombiniert dies zu Gütern und Dienstleistungen. Die hierbei anfallenden Kosten werden dem Kunden durch den Produktpreis anteilig in Rechnung gestellt. Für die Arbeitnehmer bedeutet dies: Ihr eigentlicher „Arbeitgeber“ – im wörtlichen Sinne – ist nicht das Unternehmen, sondern vielmehr der Kunde. Sobald der Kunde aufhört, die Produkte des Unternehmens zu kaufen, hat dieses keine Arbeit mehr zu vergeben.

Damit das Unternehmen dem Kunden alle in der Produktion anfallenden Kosten über den Produktpreis anteilig in Rechnung stellen kann, muss eine ganz bestimmte Bedingung erfüllt sein. Die Bedingung lautet, dass für jeden Produktionsfaktor perfekte Eigentumsrechte bestehen müssen. Diese Bedingung ist in der Realität zumindest approximativ für zahlreiche, aber keineswegs für alle Produktionsfaktoren erfüllt. Weitgehend erfüllt ist sie

für die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital sowie für Vorprodukte. Weitgehend nicht erfüllt ist sie hingegen für den Faktor Umwelt. Dies gilt es nun zu erläutern.

Arbeitnehmer stellen ihre Arbeitskraft den Unternehmen nur deshalb zur Verfügung, weil sie einen ihrer Leistung entsprechenden Lohn erwarten. Immobilienbesitzer stellen den Unternehmen Produktions- und Verwaltungsgebäude nur deshalb zur Verfügung, weil sie Aussicht auf eine entsprechende Miete haben. Vermögensverwalter stellen den Unternehmen Kapital nur deshalb zur Verfügung, weil sie sich eine entsprechende Dividende bzw. Verzinsung erhoffen. Und auch die Vorprodukte werden den Unternehmen nur gegen einen bestimmten – mindestens kostendeckenden – Preis zur Verfügung gestellt. Lediglich bei den Umweltfaktoren ist dies anders. Da sie niemandem gehören, gibt es hier keinen Eigentümer, der von den Unternehmen einen entsprechenden Preis abfordert, wenn sie Umweltfaktoren nutzen. Und genau das kann dramatische Konsequenzen haben: Sofern aufgrund fehlender (oder mangelhafter) Eigentumsrechte Umweltressourcen keinen (oder einen zu niedrigen) Preis haben, versagt das Verfahren einer marktlichen Verhaltenssteuerung. Denn wenn ein Unternehmen für die Inanspruchnahme von Umweltressourcen wie Wasser oder Luft keinen Preis zahlen muss, dann kann es durch einen schonenden Umgang mit diesen Ressourcen keine Kosten sparen. Folglich geht es mit diesen Ressourcen verschwenderisch um.

Aber es kommt noch schlimmer: Sofern *alle* Unternehmen für die tatsächlich anfallenden Umweltkosten keinen Preis zahlen müssen, sehen sie sich auch außer Stande, die Umweltkosten auf die Endverbraucher abzuwälzen. Die Unternehmen können im Wettbewerb nämlich immer nur die Kosten weiterwälzen, die ihnen tatsächlich entstehen.¹¹ Die Folge: Die Produktpreise sind zu niedrig, und deshalb wird von den mit Umweltverschmutzung verbundenen Gütern zu viel gekauft.

Die Lösung für dieses Problem besteht darin, Eigentumsrechte an Umweltressourcen einzuführen. Ein spektakuläres Beispiel hierfür bietet die Klimapolitik: Historisch war die Emission von Treibhausgasen wie Kohlendioxid für die Unternehmen kostenlos. Es gab keine Eigentumsrechte; folglich gab es keine Eigentümer, die Nutzungspreise hätten einfordern können; folglich gab es keine Kosten für Nutzer. Seit einigen Jahren wird im Rahmen des Kyoto-Prozesses versucht, dem entgegenzusteuern. Mittlerweile sind die ersten Schritte getan: Für einzelne Unternehmensbranchen verbietet der Staat die Emission von Kohlendioxid, wenn nicht zuvor das „Recht“ gekauft wurde, solche Emissionen vorzunehmen. Hier tritt der Staat als Eigentümer auf, indem er die Nutzung seiner Ressource – die Nutzung der Luft als Speichermedium für Kohlendioxid – nur gegen Entgelt erlaubt. Diese Eigentumsrechte werden an einer speziellen Börse in Leipzig gehandelt. Dadurch bekommen die Emissionen einen Preis. Dieser Preis geht in die Kostenkalkulation der Unternehmen ein. Sie haben nun einen Anreiz, weniger Kohlendioxid auszustoßen. Gleichzeitig erhöhen sie ihre Produktpreise. Dadurch haben die Konsumenten nun einen Anreiz, weniger von den Produkten zu kaufen, deren Herstellung besonders klimaschädlich ist.¹²

Die Lösung des Problems ist also politischer Natur. Es geht nicht um eine Außerkraftsetzung der Marktlogik, wie die Diagnose „Marktversagen“ nahelegen könnte, sondern es

¹¹ Übersetzt man „Nicht Mogeln“ mit der „Setzung von (hohen) Preisen, die die ökologische Wahrheit sagen“ und „Mogeln“ als „Setzung von zu niedrigen Preisen, die die ökologische Wahrheit verschleiern“, dann gibt Abb. 1 die Anreizsituation der um Kunden konkurrierenden Unternehmen im Szenario „ohne Eigentumsrechte an Umweltressourcen“ wieder.

¹² Die künstliche Schaffung von Eigentumsrechten führt dazu, dass die Marktpreise die ökologische Wahrheit sagen. Für die Unternehmen ändert sich mit diesem Szenario die Anreizsituation (Abb. 2).

geht gerade umgekehrt darum, dem Umweltproblem durch eine bessere Inkraftsetzung der Marktlogik zu begegnen. Hierfür müssen die richtigen Eigentumsrechte gefunden oder notfalls sogar erfunden werden. Man missversteht das Problem aber grundlegend, wenn man glaubt, das Ziel der Umweltpolitik bestehe darin, den Unternehmen höhere Kosten aufzubürden. Das eigentliche Ziel der Umweltpolitik besteht vielmehr darin, letztlich die *Konsumenten* mit höheren Kosten zu belasten und hierfür die Zustimmung der Bürger im demokratischen Prozess einzuholen. So kontra-intuitiv dies zunächst auch anmuten mag: Letztlich sind es die Bürger selbst, die – in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse – mittels der politischen Schaffung von Eigentumsrechten erstens die Unternehmen und zweitens sich selbst aus einem Dilemma befreien, aus dem kein einzelner Akteur allein herausfinden kann. Das ökologische Fehlverhalten resultiert aus Fehlreizen, denen man im Wettbewerb nur institutionell begegnen kann, mit Lösungen, die alle Wettbewerber gleichzeitig und gleichermaßen aus der Anreizfalle befreit.¹³

Damit solche Maßnahmen politisch möglich werden, müssen die Bürger wissen, dass das Umweltproblem nicht etwa deshalb auftritt, weil es den Unternehmen (oder den in den Unternehmen tätigen Menschen) an einem ökologischen Gewissen mangelte, sondern vielmehr deshalb, weil ohne entsprechende Eigentumsrechte die Märkte systematisch falsch programmiert sind. Umweltprobleme sind das nicht-intendierte Resultat wirtschaftlichen Handelns. Sie lassen sich nicht dadurch lösen, dass man – bei gegebenen Anreizen – mit moralischem Heroismus das eigene Verhalten ändert, sondern nur dadurch, dass man – durch veränderte Anreize – neben dem eigenen Verhalten auch das Verhalten zahlloser anderer Menschen verändert, und zwar sowohl in den Unternehmen, in denen produziert wird, als auch in den Haushalten, in denen konsumiert wird. Beim Klimaproblem beispielsweise kommt es darauf an, das Verhalten von buchstäblich über sechs Milliarden Menschen nachhaltig zu verändern. Hierfür sind institutionelle Reformen erforderlich, die sich aber nur dann durchsetzen lassen, wenn die Bürger in den politischen Prozessen solchen Reformen ihre Zustimmung nicht verweigern. Nicht zuletzt deshalb sind Grundkenntnisse der marktlichen Funktionslogik für die Bildung mündiger Bürger unabdingbar.

(5) Im Jahre 1835 schrieb der helllichtige Beobachter Alexis de Tocqueville über die Demokratie in Amerika: Man muss die Menschen „unter allen Umständen aufklären; denn die Zeit blinder Selbstaufgabe und instinktiver Tugend liegt schon weit hinter uns, und ich sehe die Zeit kommen, da selbst die Freiheit, der Friede des Staates und die soziale Ordnung

¹³ Die Diskussion in der Schulklasse lässt sich durch folgende Fragen anregen (und möglicherweise in Projektarbeiten mit eigenständiger Recherche überführen): Warum sind Hühner, Rinder und Schafe nicht vom Aussterben bedroht, während Büffel und Bisons in Nordamerika im 19. Jahrhundert weitgehend ausgerottet wurden und heute die Fischbestände in den Weltmeeren (nicht jedoch die Fischbestände in Fischfarmen) durch Überfischung bedroht sind? Wie sicher sind die Populationen von Wildlachs im Vergleich zum Zuchtlachs? Warum werden im Amazonasgebiet immer noch große Flächen von Regenwald rücksichtslos gerodet, während die deutsche Forstwirtschaft schon vor langer Zeit die Vorstellung von einer „nachhaltigen“ Forstbewirtschaftung geprägt (und auch weitgehend umgesetzt) hat, die darauf achtet, dass Abholzung und Aufforstung zu einem ökonomischen und ökologischen Gleichgewicht austariert werden? Warum waren die Elefanten in Afrika lange Zeit vom Aussterben bedroht? Bestand diese Bedrohung, *obwohl* oder *weil* der Handel mit Elfenbein verboten war? (Hinweis: Wie groß ist das Interesse eines illegalen Wilderers, auf die Ausgewogenheit der Elefantenpopulation zu achten? Entspricht seine Anreizsituation eher dem Szenario in Abb. 1 oder eher dem Szenario in Abb. 2, wenn man „Mogeln“ als „rücksichtslos Abschießen“ übersetzt?) Warum haben sich die Bestände in letzter Zeit wieder erholt? Könnte das etwas mit der Einführung von Eigentumsrechten an Elefanten auf lokaler Ebene zu tun haben? (Hinweis: Ohne Aussicht auf Ernte gibt es keine Saat. Analog: Ohne Eigentum an handelbarem Elfenbein hat ein Dorf kein Interesse an der Pflege der lokalen Elefantenpopulation.)

die Bildung nicht mehr werden entbehren können.“¹⁴ Diese Zeit, die de Tocqueville kommen sah, ist nun unübersehbar angebrochen.

Funktionierende Märkte sind kein Naturprodukt, sondern ein Kunstprodukt. Sie sind eine zivilisatorische Errungenschaft. Märkte funktionieren nur auf der hoch artifiziellen Grundlage von Regeln, die politisch geschaffen, erhalten, gepflegt und dynamisch weiterentwickelt werden müssen, wenn man den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen nachhaltig begegnen will. In einer Demokratie ist das nur möglich, wenn die Bürger diese Logik durchschauen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass man Vor- und Fehl-Urteilen aufsitzt und dann politische Maßnahmen befürwortet, die – entgegen dem oberflächlichen Augenschein – gar nicht im wohlverstandenen eigenen Interesse liegen. Marktwirtschaft und Demokratie können nur dann funktionieren und in kontinuierlichen Lernprozessen konstruktiv weiterentwickelt werden, wenn die Bürger die grundlegende Funktionslogik verstehen, dass man moralische Anliegen – weniger Korruption, mehr Umweltschutz, höhere Lebensstandards, niedrigere Handelshürden, mehr Chancengleichheit, weniger Privilegien usw. – durch eine kluge Indienstrategie von Anreizarrangements verwirklichen kann, die einen institutionell eingerahmten Leistungswettbewerb als Instrument sozialer Kooperation einsetzen. Hier tut Aufklärung Not! Es besteht Bildungsbedarf: In dieser Situation kann Wirtschaftsethik für die Schule helfen, indem sie den Schülern – quasi spielerisch – vor Augen führt, wie man die Funktionsweise von Märkten verstehen (und als Bürger politisch gestalten) kann.¹⁵

¹⁴ de Tocqueville (1835, 2006; S. 258).

¹⁵ Einige weitere Beispiele mögen dies abschließend verdeutlichen: Wenn eine große Gruppe – sagen wir: hundert Personen – ein Restaurant betritt, um gemeinsam zu Abend zu essen, dann gibt es hierfür prinzipiell zwei Möglichkeiten. Erstens: Man addiert die anfallenden Kosten, und jeder zahlt den Durchschnittspreis. Oder zweitens: Jeder zahlt individuell, was er bestellt. Das Resultat: Im ersten Fall liest jeder die Speisekarte „von links nach rechts“; im zweiten Fall hingegen „von rechts nach links“. Im ersten Fall achtet man auf ein möglichst attraktives Gericht; im zweiten Fall hingegen auf einen möglichst attraktiven Preis. Zur Erläuterung: Im ersten Fall landet die Gruppe im sozialen Dilemma (Abb. 1). Jeder „mogelt“, indem er seine individuelle Zahlungsbereitschaft übertreibt. Denn von jedem Euro, den er der Gruppe als Zusatzkosten aufbürdet, indem er ein recht teures Gericht (inklusive Vorspeise und Nachspeise) bestellt, muss er individuell nur einen Cent tragen. Das Problem ist nur, dass sich alle Gruppenmitglieder mit dem gleichen perversen Anreiz konfrontiert sehen. Wenn aber jeder einzelne ein teures Menü bestellt, steigt der Durchschnittspreis. Die Konsequenz: Im ersten Szenario zahlt jeder mehr, als ihm eigentlich lieb wäre. Zwar kann er die von ihm verursachten Kosten auf andere abwälzen. Aber zugleich muss er die Kosten tragen, die die anderen verursachen und auf ihn abwälzen. Das Ergebnis ist eine kollektive Selbstschädigung der Gruppe: Jeder verhält sich so, wie er es von den anderen befürchtet. – Im zweiten Fall vermeidet die Gruppe ein soziales Dilemma (Abb. 2). Da jeder Euro an Zusatzkosten für die Gruppe individuell getragen werden muss, verhält sich jeder so, wie die Gruppe es eigentlich wünscht. – Diese Logik lässt mit zahlreichen weiteren Anwendungsbeispielen illustrieren: Es macht einen großen Unterschied, ob in einem großen Gebäudekomplex jeder Mieter die von ihm verursachten Heizkosten individuell abrechnet oder ob es eine Zentralheizung gibt, deren Kosten per Durchschnittsbildung auf alle Mieter umgelegt werden. Es macht einen großen Unterschied, ob bei einem Schützenfest jedes Getränk einzeln bezahlt werden muss oder ob es ein hohes Eintrittsgeld gibt und anschließend Freibier ausgetrenkt wird (Tendenz: Koma-Saufen). Es macht einen großen Unterschied, ob von einer Krankenversicherung alle Leistungen (vermeintlich) kostenlos abgegeben werden – Hinweis: Wie steht es hier um die Höhe des Beitrags zur Krankenversicherung? – oder ob es eine Praxisgebühr oder sonstige Formen einer Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten gibt, von denen eine kostendämpfende Anreizwirkung ausgeht. Und analog: Hinsichtlich der Sorgfalt und Umsicht des Fahrers macht es einen großen Unterschied – Hinweis: mit Auswirkung auf den Marktpreis! –, ob man sein eigenes Auto fährt oder einen Leihwagen steuert. Ferner macht es einen großen Unterschied, ob man allein in einer Wohnung lebt oder ob man sich beispielsweise die Küchenbenutzung im Rahmen einer Wohngemeinschaft mit anderen teilt. Und nochmals mit direktem Bezug zur Schulwelt: Bei mangelhaften Anreizen kommt es zur Noteninfla-

3. Fazit: Institutionen und Moral

Zwar gibt es unter den Menschen durchaus auch Helden und Heilige. Aber sie sind doch eher die Ausnahme. Deshalb ist die Frage zu stellen, wie eine Gesellschaft organisiert sein muss, damit sie auch dann funktioniert, wenn man nicht auf moralischen Heroismus setzen mag: Wenn die Bürger einer Gesellschaft „Menschen wie du und ich“ sind, wie können wir dann friedlich und produktiv zusammenleben und zusammenarbeiten, wie können wir uns wechselseitig nützlich sein, ohne uns moralisch zu überfordern?

Für die Beantwortung dieser Frage sind folgende Punkte hilfreich:

- In einer Gesellschaft weisen viele Probleme die Form sozialer Dilemmata auf. Sie werden als moralischer Missstand empfunden, gegen den man als einzelnes Individuum im Alleingang aber wenig ausrichten kann.
- Im sozialen Dilemma gibt es ein gemeinsames Interesse, den moralischen Missstand abzuwenden. Aber niemand möchte der einzige sein, der sich moralisch verhält. Die anderen müssen mitmachen. Dafür sind Regeln erforderlich.
- Soziale Dilemmata lassen sich durch geeignete Regeln überwinden. Sie beseitigen den Fehlanreiz, sich so zu verhalten, wie man es von den anderen befürchtet. Regeln schützen, stützen und ermöglichen moralisches Verhalten, das im gesellschaftlichen Normalbetrieb nicht zustande käme, sofern man befürchten muss, von den anderen ausgebeutet zu werden.
- Insbesondere für Wettbewerbssituationen haben Regeln daher eine fundamentale Bedeutung. Von ihnen hängt es ab, ob der Wettbewerb – als funktionaler Leistungswettbewerb – für die Gesellschaft nützlich oder ob er – als ruinöser, dysfunktionaler Wettbewerb – für die Gesellschaft schädlich ausgerichtet ist.

Ähnlich wie beim Menschenbild in den Einzelwissenschaften muss man auch die Moral – und vor allem: die Verwirklichungschancen der Moral – an der richtigen Stelle suchen, wenn man sie in der modernen Gesellschaft finden will. Hierzu kann Wirtschaftsethik beitragen, und zwar mit folgender Erkenntnis: Moral muss nicht *gegen* das Institutionensystem, sie kann vielmehr – überaus wirkungsvoll! – *im* System und *durch* das System zur Geltung gebracht werden, und zwar durch eine (Re-)Formierung institutioneller Anreize. Dabei gibt die Wirtschaftsethik keine konkreten Antworten vor. Aber sie hilft, die richtigen Fragen zu stellen.

tion, weil Lehrer sich mit guten Noten bei den Schülern beliebt machen können (konzentrierter individueller Vorteil) und gleichzeitig die Kosten in Form einer sinkenden Reputation der Schule auf viele Schultern verteilt werden (breit gestreuter sozialer Nachteil). Mögliche Lösung: zentral standardisierte Prüfungen auf Kreis-, Bezirks-, Länder- oder Bundesebene. Aus ähnlichen Gründen - Stichwort: Fehlanreize! – beteiligen sich Schüler oft nicht an öffentlichen Diskussionen: Wer sich meldet, kann falsch liegen und muss dann die Kosten individuell tragen. Wer sich nicht meldet, vermeidet mögliche Fehler und eine öffentliche Bloßstellung. Wenn sich aber niemand meldet, kommt der soziale Lernprozess zum Erliegen. Deshalb ist eine Diskussionskultur für alle Beteiligten vorteilhaft, die die – unter anderem auf Karl Popper zurückgehende – Erkenntnis umsetzt, dass wir alle primär aus Fehlern lernen, so dass es nicht wirklich darauf ankommt, etwaige Fehler zu vermeiden, sondern vielmehr darauf, ein fehlerfreundliches Umfeld zu schaffen, in dem man sich traut, die nötigen Fehler zu machen, damit das Lernen vorankommt: Wer permanent Angst vor dem Hinfallen hat, wird das selbstständige Gehen auf eigenen Füßen nie lernen.

Literatur

- Beckmann, Markus und Ingo Pies (2008): Ordnungs-, Steuerungs- und Aufklärungsverantwortung – Konzeptionelle Überlegungen zugunsten einer semantischen Innovation, in: Heidbrink, Ludger und Alfred Hirsch (Hrsg.): Verantwortung als marktwirtschaftliches Prinzip. Zum Verhältnis von Moral und Ökonomie, Frankfurt und New York, S. 31-67.
- Pies, Ingo (2008a): Markt und Organisation: Programmatische Überlegungen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik, in: Wolfgang Kersting (Hrsg.): Moral und Kapital. Grundfragen der Wirtschafts- und Unternehmensethik, Paderborn, S. 27-58.
- Pies, Ingo (2008b): Wie bekämpft man Korruption? Lektionen der Wirtschafts- und Unternehmensethik für eine ‚Ordnungspolitik zweiter Ordnung‘, Berlin.
- Popper, Karl R. (1945, 1992): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 2: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen, Tübingen.
- de Tocqueville, Alexis (1835, 2006): Über die Demokratie in Amerika, ausgewählt und herausgegeben von J.P. Mayer, Stuttgart.

*Diskussionspapiere*¹⁶

- Nr. 2009-4 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik für die Schule
- Nr. 2009-3 **Stefan Hielscher**
Moral als Produktionsfaktor: ein unternehmerischer Beitrag zum strategischen Risikomanagement am Beispiel des Kruppschen Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2009-2 **Ingo Pies**
Wirtschaftspolitik, soziale Sicherung und ökonomische Ethik:drei ordonomische Kurzartikel und zwei Grundlagenreflexionen
- Nr. 2009-1 **Ingo Pies**
Wirtschafts- und Unternehmensethik in Halle – ein Interview und zwei Anhänge
- Nr. 2008-11 **Ingo Pies und Stefan Hielscher**
Der systematische Ort der Zivilgesellschaft – Welche Rolle weist eine ökonomische Theorie der Moral zivilgesellschaftlichen Organisationen in der modernen Gesellschaft zu?
- Nr. 2008-10 **Ingo Pies und Stefan Hielscher**
The Role of Corporate Citizens in Fighting Poverty: An Ordonomic Approach to Global Justice
- Nr. 2008-9 **Ingo Pies**
Korruptionsprävention: Wie aktiviert man die Selbstheilungskräfte des Marktes?
- Nr. 2008-8 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Ansatz von Douglass North
- Nr. 2008-7 **Ingo Pies**
Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch –
Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem
- Nr. 2008-6 **Stefan Hielscher**
Die Sachs-Easterly-Kontroverse:
„Dissent on Development“ Revisited
- Nr. 2008-5 **Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Social Entrepreneurship und Ordnungspolitik:
Zur Rolle gesellschaftlicher Change Agents am Beispiel des Kruppschen Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2008-4 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Corporate Citizenship as Stakeholder Management:
An Ordonomic Approach to Business Ethics
- Nr. 2008-3 **Ingo Pies, Christof Wockenfuß**
Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung: Wie lässt sich der entwicklungs-
politische Trade-Off überwinden?
- Nr. 2008-2 **Ingo Pies**
Markt und Organisation: Programmatische Überlegungen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2008-1 **Ingo Pies**
Unternehmensethik für die Marktwirtschaft:
Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-23 **Ingo Pies**
Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2007-22 **Hans-Ulrich Zabel**
Nachhaltigkeit mit ethischen Herausforderungen

¹⁶ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003, 2004 und 2005.

- Nr. 2007-21 **Klaus Beckmann**
Jon Elster und das Zeitinkonsistenz-Problem
- Nr. 2007-20 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre – Die „Principles for Responsible Management Education“ des UN Global Compact
- Nr. 2007-19 **Claus Offe**
Die genetische Entschlüsselung der politischen Ordnung
Jon Elster über Selbstbindung und die Verfassungsprozesse in Osteuropa
- Nr. 2007-18 **Ingo Pies, Jörg Viebranz**
Jon Elster und das Problem lokaler Gerechtigkeit
- Nr. 2007-17 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Jon Elster.
- Nr. 2007-16 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**
Mind the Gap! – Ordonomische Überlegungen zur Sozialstruktur und Semantik moderner Governance
- Nr. 2007-15 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Theorie für die Praxis – Zehn Thesen zur wirtschafts- und unternehmensethischen Ausbildung von Führungskräften
- Nr. 2007-14 **Sabine Campe, Lothar Rieth**
Wie können Corporate Citizens im Global Compact voneinander lernen? Bedingungen, Hemmnisse und Bewertungskriterien
- Nr. 2007-13 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Wie können Corporate Citizens voneinander lernen? Anregungen für den Global Compact der Vereinten Nationen
- Nr. 2007-12 **Ingo Pies**
Unternehmensethik in der Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-11 **Ingo Pies**
Fragen und Antworten – Wie reagiert eine ökonomische Theorie der Moral auf die „Frequently Asked Questions“ zur Wirtschafts- und Unternehmensethik?
- Nr. 2007-10 **Johanna Brinkmann-Braun, Ingo Pies**
The Global Compact's Contribution to Global Governance Revisited
- Nr. 2007-9 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
The International Provision of Pharmaceuticals: A Comparison of Two Alternative Theoretical Strategies for Global Ethics
- Nr. 2007-8 **Markus Beckmann**
NePAD und der African Peer Review Mechanism – Zum Potential politischer Selbstbindung
- Nr. 2007-7 **Karl Homann**
Moral oder ökonomisches Gesetz?
- Nr. 2007-6 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Responsibility and Economics
- Nr. 2007-5 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Das Problem weltmarktlicher Arzneimittelversorgung:
Ein Vergleich alternativer Argumentationsstrategien für eine globale Ethik
- Nr. 2007-4 **Ingo Pies**
Wie bekämpft man Korruption? – Lektionen der Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2007-3 **Markus Beckmann**
Ökonomischer Ansatz und die Theorie des Self-Command bei Thomas Schelling

- Nr. 2007-2 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Thomas Schelling
- Nr. 2007-1 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Das Problem der internationalen Arzneimittelversorgung: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2006-13 **Ingo Pies**
Ist Konsens im Konflikt möglich? – Zur gesellschaftstheoretischen und gesellschaftspolitischen Bedeutung von Metaspielen
- Nr. 2006-12 **Ingo Pies**
Nachhaltigkeit: eine semantische Innovation von welthistorischer Bedeutung
- Nr. 2006-11 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Ordo-Responsibility – Conceptual Reflections towards a Semantic Innovation
- Nr. 2006-10 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Ordnungsverantwortung – Konzeptionelle Überlegungen zugunsten einer semantischen Innovation
- Nr. 2006-9 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Freiheit durch Bindung – Zur ökonomischen Logik von Verhaltenskodizes
- Nr. 06-8 **Ingo Pies**
Methodologischer Hobbesianismus und das Theorieprogramm einer interessenbasierten Moralbegründung
- Nr. 06-7 **Ingo Pies, Peter Sass**
Korruptionsprävention als Ordnungsproblem – Wirtschaftsethische Perspektiven für Corporate Citizenship als Integritätsmanagement
- Nr. 06-6 **Nikolaus Knoepffler**
Projekt „Wirtschaftsethik“. Zur Aufhebung des Ansatzes von Karl Homann
- Nr. 06-5 **Ingo Pies, Alexandra von Winning**
Die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ und der Beitrag des Global Compact: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 06-4 **Ingo Pies**
Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung
- Nr. 06-3 **Markus Beckmann, Diana Kraft, Ingo Pies**
Freiheit durch Bindung - Zur Logik von Verhaltenskodizes
- Nr. 06-2 **Sören Buttkereit, Ingo Pies**
The Economics of Social Dilemmas
- Nr. 06-1 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Albert Hirschman

*Wirtschaftsethik-Studien*¹⁷

- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik

¹⁷ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.

- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals:
Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation
zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft